

Präsident Wolfgang Thierse

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 a bis 3 c auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten

Präsident Wolfgang Thierse

- (A) Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Friedbert Pflüger, Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Für ein glaubwürdiges Angebot der EU an die Türkei

– Drucksachen 15/3949, 15/4522 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Uta Zapf

Dr. Andreas Schockenhoff

Dr. Ludger Volmer

Dr. Werner Hoyer

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Die Türkeipolitik der EU verlässlich fortsetzen und den Weg für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei freimachen

– Drucksachen 15/4031, 15/4523 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Uta Zapf

Dr. Andreas Schockenhoff

Dr. Ludger Volmer

Dr. Werner Hoyer

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

(B)

Zu der Empfehlung der EU-Kommission über Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei

– Drucksachen 15/4064, 15/4524 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Uta Zapf

Dr. Andreas Schockenhoff

Dr. Ludger Volmer

Dr. Werner Hoyer

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eindreiviertel Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Angela Merkel, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Angela Merkel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sage es gleich zu Beginn und ohne jede Umschweife: Die Union hat diese heutige Debatte nicht deshalb beantragt, weil wir uns der Hoffnung hingeben, wir als Opposition könnten die Bundesregierung, Herr Bundeskanzler und Herr Bundesaußenminister, noch von ihrer Haltung zum EU-Beitritt der Türkei abbringen. Wir wissen, dass wir sie nicht umstimmen werden. Wir machen uns da keine

Illusionen. Der EU-Rat der Staats- und Regierungschefs – dazu gehören, das sage ich ganz klar, auch Staats- und Regierungschefs der Parteienfamilie der Europäischen Volkspartei – wird heute oder morgen aller Voraussicht nach die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei über den Beitritt zur Europäischen Union beschließen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Debatte heute hier in diesem Hause aus einem anderen Grund gewollt. Wir haben sie gewollt, um mit den Menschen über die Folgen dieser Entscheidung zu sprechen. Ich glaube, darauf haben die Menschen am Vorabend einer für Europa **historischen Entscheidung** wirklich einen Anspruch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich frage Sie: Wer, wenn nicht dieser Deutscher Bundestag, sollte diesen Anspruch einlösen? Deshalb haben wir als Opposition beantragt, darüber zu debattieren, weil wir aus vielen Umfragen und Gesprächen wissen, wie sehr dieses Thema die Gemüter in Deutschland bewegt.

Ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, dass wir ein solches Thema nicht Rattenfängern und Hetzern überlassen dürfen,

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

sondern diese Debatte verantwortlich führen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wer denen, die diese Debatte führen, Begriffe wie „Brandstifter“ entgegenhält, wer von „zynischem Spiel“ oder von „politischer Hetze – hysterisch und schamlos“ redet, der will keine offene, ehrliche Debatte über diese wichtige Frage, (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe des Abg. Gernot Erler [SPD] und des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

der will anderen den Mund verbieten und nicht Argumente austauschen. Dieses Verhalten und diese Herangehensweise sprechen für mich dafür, dass man ein unerwünschtes Thema tabuisieren will, vielleicht weil man glaubt, seiner eigenen Klientel irgendetwas schuldig zu sein.

(Gernot Erler [SPD]: Ach je!)

Aber, meine Damen und Herren, das ist ein Thema, das die Menschen bewegt und das mit allergrößten Folgen für die deutsche und die europäische Politik verbunden ist. Deshalb, glaube ich, werden sich die Deutschen auch ein eigenes Urteil darüber bilden, dass der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in einer solchen Debatte nicht das Wort ergreift oder uns sogar, wie man es erwarten müsste, in einer Regierungserklärung heute hier seine Haltung darlegt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Gernot Erler [SPD]: Wir haben noch andere redefähige Personen bei uns!)

Sie werden die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschließen und Sie werden unseren

Dr. Angela Merkel

- (A) Vorschlag eines dritten Weges, einer **privilegierten Partnerschaft**, ausschlagen. Dies werden Sie auch damit begründen, dass alle Bundesregierungen seit Konrad Adenauer der Türkei den Beitritt zur Europäischen Union versprochen hatten. Deshalb möchte ich auf den Historiker Professor Heinrich August Winkler verweisen, der immer wieder betont, dass bei der Beurteilung von Entscheidungen stets auch die Umstände, unter denen sie getroffen wurden, zu berücksichtigen sind und dass es aus diesem Grunde keinen Automatismus geben kann.

Wenn wir uns einmal die Entwicklung der Europäischen Union vor Augen führen, erkennen wir, dass in den 60er-, 70er-, 80er-Jahren die Ausgestaltung einer Wirtschaftsgemeinschaft weit vorangekommen und durch die Vollendung des Binnenmarktes sicherlich ein qualitativer Sprung gemacht worden ist. Aber inzwischen ist die Entwicklung wesentlich über den Binnenmarkt hinausgegangen. Wir haben die Verträge von Maastricht und Amsterdam, eine gemeinsame Währung ist eingeführt worden, wir haben eine Unionsbürgerschaft – im Übrigen ein Punkt, der sehr wenig diskutiert wird; diese Unionsbürgerschaft führt nämlich zum Kommunalwahlrecht für alle bei uns lebenden Bürger der Europäischen Union –, eine Erweiterung der Politik der Europäischen Union um die Innen- und Rechtspolitik, eine Grundrechtscharta und einen Verfassungsvertrag. Das heißt, es gibt eine Entwicklung von einer Freihandelszone hin zu einer politischen Union. Deshalb müssen wir uns fragen: Was bedeutet es für diese politische Union, wenn ein Land wie die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird?

(B)

Genau aus diesem Grund befassen sich die **Kopenhagener Kriterien** nicht nur mit dem beitragswilligen Land, sondern fragen – das wird in der Diskussion immer wieder unterschlagen – zu einem Teil auch: Ist die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union gefährdet, wenn ein weiteres Land aufgenommen wird? An dieser Stelle sage ich: Wir müssen uns vor Augen führen, dass die Vertiefung der politischen Union mit der Türkei als Vollmitglied nicht so erfolgen können wird, wie wir uns das vorstellen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb möchte ich den ehemaligen Verfassungsrichter Böckenförde zitieren, der neulich in einer Danksagung anlässlich der Verleihung des Hannah-Arendt-Preises deutlich gesagt hat – Zitat –:

Die Türkei ist nach geographischer Ausdehnung, Bevölkerungszahl, nationaler und kultureller Identität, ökonomischer und politischer Struktur von einer Bedeutung und Eigenart, die die Frage nach dem Konzept, der finalité der europäischen Einigung unausweichlich macht.

Diese Frage, meine Damen und Herren, wird von der Bundesregierung und den sie tragenden Fraktionen nicht beantwortet: Ist es eine politische Union, ein geostrategisches Bündnis oder eine Freihandelszone, was wir uns

vorstellen? Ohne diese Frage zu beantworten, ist es nicht verantwortlich, Beitrittsverhandlungen mit einem Land zu beginnen, da nicht klar ist, wohin diese führen sollen. Wir bekennen uns klar zu einer vertieften politischen Union.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie werden weiterhin sagen, dass der Türkei die Zusage auch deshalb gegeben worden sei, weil sie historisch und politisch zu Europa gehöre. Tatsache ist, dass – daran kommt man nach einem Blick auf die Landkarte nicht vorbei – erstmals in der Geschichte des **europäischen Einigungsprozesses** Verhandlungen mit einem Land begonnen werden, dessen Grenzen weit über Europa hinausgehen; sie reichen bis zum Iran, zum Irak und nach Syrien.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat sich aber nicht geändert!)

Meine Damen und Herren, es nützt doch nichts, so zu tun, als ob die Menschen das nicht beschäftigt. Denken Sie doch einmal an Konstruktionen wie das Schengen-Abkommen und die Definition der Außengrenzen! Daher muss doch über eine solche Tatsache debattiert werden.

Man hilft der Türkei nicht, wenn man immer wieder darüber hinwegsieht, dass die Kopenhagener Kriterien von der Türkei nicht so erfüllt werden, wie wir uns das vorstellen. Es besteht kein Zweifel daran, dass es dort Folter gibt. Es besteht auch kein Zweifel daran, dass es eine **Religionsfreiheit** nicht gibt. An dieser Tatsache werden Sie nicht vorbeikommen, wenn Sie die Möglichkeiten betrachten, die christliche Kirchen in der Türkei haben. Es kann für den türkischen Ministerpräsidenten zu einem Eigentor werden – Wolfgang Schäuble hat dies gestern bemerkt –, wenn er uns bezichtigt, ein Christenklub zu sein, aber gleichzeitig Religionsfreiheit in seinem Lande nicht ausreichend garantiert.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Herr Bundesaußenminister spricht – so auch in den letzten Tagen – immer wieder von der geostrategischen Bedeutung, die der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union habe. Es ist richtig: Die Europäische Union ist entstanden aufgrund der Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und aus der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus sowie der festen Überzeugung der europäischen Länder, nie wieder Krieg gegeneinander zu führen.

Es ist auch richtig, dass der 11. September des Jahres 2001 die Welt verändert hat. Aber ich bezweifle, dass man argumentieren kann, die dadurch entstandene Situation hinsichtlich der Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Türkei sei vergleichbar mit der Situation in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben ein gutes, freundschaftliches und enges Verhältnis mit der Türkei in den letzten Jahrzehnten. Die Türkei ist ein **assoziiertes Mitglied** der Europäischen Union.

Man kann nicht behaupten, dass die geostrategische Frage, die sich nach dem 11. September 2001 natürlich stellt, mit einem Beitritt der Türkei zur Europäischen

Dr. Angela Merkel

- (A) Union beantwortet werden kann. Es stellt sich eine ganz andere Frage: Welche Kraft auf sicherheitspolitischem Gebiet hat der Westen und insbesondere die Europäische Union? Ich glaube, da handeln wir nach dem Prinzip Hoffnung. Die Europäische Union ist keine sicherheitspolitisch global agierende Macht. Die globale Sicherheitsarchitektur des Westens beruht auf einer starken NATO, in der die Türkei Mitglied ist.

(Gernot Erler [SPD]: „Gutes“ Argument! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Meine Damen und Herren, wenn Sie den Unterschied zwischen einem geostrategischen Bündnis, wie es die NATO darstellt, und einer politischen Union, wie sie die heutige Europäische Union ist, nicht erkennen, dann wird es natürlich schwierig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Bundesaußenminister spricht davon, dass nach dem 11. September 2001 kleineuropäische Lösungen nicht weiterhelfen würden, weil wir es mit großen Ländern wie Indien, China und den Vereinigten Staaten zu tun hätten. Er suggeriert damit, dass durch den Beitritt der Türkei aus einer kleineuropäischen Lösung eine **großeuropäische Lösung** wird. Heinrich August Winkler sagt dazu – wie ich finde, sehr zutreffend –: Man darf Größe nicht mit Stärke verwechseln. Das ist genau das Problem: Wenn es um die Verteidigung unserer westlichen Werte geht, sind wir nur stark innerhalb der NATO. Daneben brauchen wir aber eine handlungsfähige politische Union, mit der die Ziele Europas verwirklicht werden können.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Über die geostrategische Bedeutung der Türkei wird gesagt, die Türkei habe eine Brückenfunktion.

(Uta Zapf [SPD]: Richtig!)

Eine Brücke ist immer ein Konstrukt – auch das ist hier schon gesagt worden –, das niemals vollständig zu einer Seite gehört. Das heißt, die Türkei kann ihre Brückenfunktion besser erfüllen, wenn sie nicht Vollmitglied der Europäischen Union ist und Aufgaben in anderen Bereichen wahrnehmen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Uta Zapf [SPD]: Das ist doch hanebüchen, was Sie hier sagen!)

Es wird argumentiert, wir müssten jetzt beweisen – ich glaube, dass Europa dies nicht beweisen muss; denn wir sind kein, wie uns manchmal vorgeworfen wird, religiös ausgerichteter Klub –, dass die Europäische Union mit einem muslimischen Mitgliedstaat auskommen könne. Dieses Argument ließe sich, wenn man konsequent zu Ende denkt, auch auf andere Länder übertragen, indem man sagt, die Türkei sei kein typisch arabisches und islamisches Land. Wo diese Beweiskette enden soll, wird sich dann zeigen. Aber darüber diskutieren Sie einfach nicht, weil Sie sich mit dieser Frage nicht auseinander setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Meine Damen und Herren, Sie wissen natürlich, dass das Argument der **geostrategischen Bedeutung** allein nicht ausreicht. Das heißt, dass die Vollmitgliedschaft der Türkei weiter gehend begründet werden muss. Deshalb weisen Sie dann, wenn es um die Aufnahme von Verhandlungen geht, immer darauf hin, es sei ja noch ein langer Zeitraum, es gehe eigentlich nur um die Aufnahme von Verhandlungen und es gebe keinen Beitrittsautomatismus.

Helmut Kohl hat gestern ganz deutlich gesagt – insofern können Sie ihn nicht als Kronzeugen nehmen –, er sei immer der Auffassung gewesen, dass die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien – ich betone: aller Kriterien, der des Beitrittslandes und der der Integrationsfähigkeit – die Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen sei und sich nicht das Prinzip Hoffnung, dass das schon alles irgendwie gut gehen werde, durchsetzen könne.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb sage ich jetzt eindeutig: Genau dies ist auch unsere Haltung.

Was heißt Beitrittsautomatismus? Ich glaube, hier spielen Sie mit der Ernsthaftigkeit dieser Frage.

(Zuruf von der SPD: Sie spielen!)

Denn es ist nicht redlich, so zu tun, als könne man fünf oder zehn Jahre verhandeln, um dann entweder die Vollmitgliedschaft oder das totale Scheitern zu erreichen. Ich sage Ihnen: Dies ist so unehrlich wie vieles in den letzten 40 Jahren im Umgang mit der Türkei.

(D)

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wie beim Schwangersein! – Gegenruf des Abg. Michael Glos [CDU/CSU]: Und davon verstehen Sie was?)

Sie wissen genau, dass, wenn es keine Auffangposition gibt, ein Scheitern eine Katastrophe für die Türkei und gleichzeitig für die Politische Union Europas wäre. Deshalb halten wir diesen Weg für nicht richtig. Wir glauben, es muss eine Alternative bzw. eine weitere Option geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wissen, dass Sie, obwohl Sie von keinem Beitrittsautomatismus sprechen, eine Rückfallposition, eine Option B, eine Alternative, wie es für uns die privilegierte Partnerschaft ist, ablehnen werden.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Was ist das denn?)

Das eigentlich Unredliche an der Argumentation ist, dass Sie den Eindruck erwecken, dass das Konzept der privilegierten Partnerschaft im Grunde nichts weiter als ein glattes Nein gegenüber der Türkei ist.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist es ja auch!)

Dr. Angela Merkel

- (A) Das ist nicht redlich, weil die privilegierte Partnerschaft ein Konzept ist, das der Türkei einzigartige Beziehungen intensivster Art mit der Europäischen Union in Aussicht stellt.

(Uta Zapf [SPD]: Hat sie doch schon!)

Genau diesen Weg halten wir als Alternativweg für wichtig, um ein Scheitern und eine Katastrophe zu verhindern. Deshalb ist Ihre Argumentation an dieser Stelle nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es ist doch wahr – das wissen doch auch Sie –: Seitdem die privilegierte Partnerschaft als ein dritter Weg im Raum ist, ist die Diskussion in Europa weitergegangen. Schauen Sie sich die Debatten in der **französischen Nationalversammlung** an! Schauen Sie sich an, was selbst der französische Präsident auf dem deutsch-französischen Gipfel in Lübeck gesagt hat! Alle wissen, dass es im Grunde richtig wäre, eine Alternative, eine privilegierte Partnerschaft, die wir für die richtige halten, als Option im Auge zu haben,

(Gernot Erler [SPD]: Was heißt denn „privilegierte Partnerschaft“? Sie wissen doch selber nicht, was das ist!)

nicht von einem Beitrittsautomatismus zu sprechen und ansonsten das Ganze, was da passiert, offen zu lassen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn jetzt diese privilegierte Partnerschaft? Sagen Sie doch mal, was das ist!)

- (B) Ich glaube, wir alle sind uns darüber im Klaren – egal welche Haltung die einzelnen Kolleginnen und Kollegen haben –, dass die Entscheidung des Rates zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und Europa von historischer Bedeutung für die Europäische Union ist. Wer das wegdrückt, wer sich dessen nicht bewusst ist und wer versucht, an einem solchen Vorabend keine Debatte stattfinden zu lassen, dem sage ich, dass er dieser Aufgabe nicht gerecht wird und den Menschen Sand in die Augen streut.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Diskussion hat sich aus meiner Sicht völlig verengt.

(Uta Zapf [SPD]: Sie haben die Diskussion verengt!)

Es wird so getan, als ginge es nur um die Türkei. Im Wesentlichen geht es aber um uns, um die Zukunft eines jahrzehntelangen Aufbauwerks der Europäischen Union, um seine Vertiefung, das mit der Abgabe von Souveränitätsrechten verbunden ist. Dass es um uns geht, dass es um unsere Zukunft geht, muss in einer verantwortlichen Weise und deutlich ausgesprochen werden. Darüber gehen Sie leichtfertig hinweg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte **Giscard D'Estaing** zitieren, der immerhin Präsident des Europäischen Verfassungskonvents war. In der „FAZ“ vom 26. November sagte er:

Was mich am meisten überrascht, ist die Art und Weise, in der sich die meisten europäischen Politiker in eine ideenlose Sackgasse haben zwingen lassen: Entweder man bejaht die Eröffnung von Verhandlungen, die in eine Aufnahme der Türkei in die EU münden, oder man schlägt ihr die Tür vor der Nase zu. Wie konnte es zu dieser Ideenarmut, zu dieser extremen Vereinfachung kommen? Anderswo versteht man es besser, mit solchen Fragen umzugehen ...

Ich habe dem an dieser Stelle nichts hinzuzufügen. Ich teile die Meinung von Giscard D'Estaing vollkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Noch ein Zitat! – Zuruf von der SPD: Noch ein Gedicht!)

– Es kann ja sein, dass Ihnen die Zitate nicht passen. Sie müssen sich mit der Realität aber schon auseinandersetzen.

Es ist ja nicht schlimm, dass wir unterschiedlich argumentieren.

(Uta Zapf [SPD]: Auch wir haben nachher noch ein paar Zitate!)

Ich sage es ganz nüchtern: Mit einer Entscheidung in der Form, wie sie morgen aller Voraussicht nach getroffen wird, ist ein Alles oder Nichts, ein Entweder-oder, ein Scheitern oder eine **Vollmitgliedschaft** verbunden. Ich glaube, dass dies der geostrategischen Aufgabe Europas und der Politischen Union nicht gerecht wird. Deshalb brauchen wir ein durchdachtes Konzept, das der Türkei natürlich nicht die Tür vor der Nase zuschlägt.

Sie schlagen die Möglichkeit eines dritten Weges aus. Als Opposition können wir diese Entscheidung nicht verhindern; wir werden aber

(Zuruf von der SPD: Wahlkampf machen!)

mit der Bevölkerung in diesem Lande über die Folgen einer solchen Entscheidung für Europa und für die Gesamtlage weiter sprechen.

Es ist für mich und für uns wichtig – das macht die Bedeutung Europas aus –, dass die Politische Union der Europäischen Union weitergeführt werden kann, dass sie nicht in Gefahr gerät und dass wir trotzdem unseren geostrategischen Aufgaben gerecht werden, nicht als Europa gegen Amerika, sondern in den gemeinsamen Bündnissen.

Deshalb werden wir diese Debatte 2005 und 2006 weiterführen. Anhand des Sachstandes, den wir 2006, wenn wir an der Regierung sind, vorfinden,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

werden wir prüfen, wie wir unsere Ideen, von denen wir überzeugt sind, in die Tat umsetzen können,

(Franz Müntefering [SPD]: Pacta sunt servanda!)

und zwar genauso verantwortlich gegenüber unseren türkischen Freunden wie verantwortlich gegenüber dem

Dr. Angela Merkel

- (A) Friedenswerk der Europäischen Union. In diesem Sinne werden wir weiterhin handeln.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Franz Müntefering, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Franz Müntefering (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist eine wichtige Woche für Europa. Frau Merkel, Sie haben gesagt, es ist eine Woche von historischer Bedeutung. An dieser Stelle sind wir uns einig. Wir gehen im Bewusstsein um die große Verantwortung an die Entscheidung, um die es jetzt geht, heran.

Gestern hat das **Europäische Parlament** mit großer Mehrheit beschlossen, dass Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden sollen. Die SPD-Fraktion begrüßt diese Entscheidung des Europäischen Parlaments sehr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Morgen entscheiden die Regierungschefs. Alles spricht dafür, dass sie bei der bisherigen Linie bleiben: Mit der Türkei werden Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts aufgenommen. Die Bundesregierung bzw. der Kanzler und der Vizekanzler haben für diese Entscheidung am morgigen Tag die klare Unterstützung der SPD-Fraktion.

- (B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die gestrige Entscheidung im Europäischen Parlament hatte eine Besonderheit, die als Absonderlichkeit in die Geschichtsbücher eingehen wird. Die Konservativen im Europäischen Parlament, voran die CDU/CSU-Abgeordneten aus Deutschland, haben dort geheime Abstimmung verlangt.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss man sich mal vorstellen!)

In Deutschland kündigen Sie **Unterschriftenlisten** an, wollen aber selbst geheim abstimmen – das ist ein seltsames Demokratieverständnis.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist gewissermaßen die christdemokratische Leitkultur. Was sollen die Türken davon halten?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wirklich ein witziger Mann!)

(C) Auch heute haben Sie es nicht besser gemacht. Wir waren ganz gespannt darauf, von Ihnen zu hören, was eine privilegierte Partnerschaft ist.

(Uta Zapf [SPD]: Wieder nichts!)

Aber das halten Sie genauso geheim wie Ihre gestrige Abstimmung. Sagen Sie doch einmal, was Sie damit eigentümlich meinen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das ist ja dermaßen niveaulos!)

Das Ganze hat eine Vorgeschichte. Im Jahre 1963 ist unter einer CDU/CSU-geführten Regierung von der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Abkommen mit der Türkei geschlossen worden, in dem die Möglichkeit des Beitritts eröffnet wurde.

Mit Billigung von Kanzler Kohl ist der Türkei auf dem **Europäischen Rat in Luxemburg im Jahre 1997** ausdrücklich bescheinigt worden, dass sie „für einen Beitritt zur Europäischen Union in Frage kommt“.

(Uta Zapf [SPD]: Hört! Hört!)

Herr Kohl hat anschließend eine Pressekonferenz gegeben und bekräftigt, dass es dabei um eine Bestätigung der europäischen Berufung der Türkei und ihrer Perspektive für einen späteren Beitritt zur EU geht.

(Uta Zapf [SPD]: Hört! Hört!)

Sie, Herr Glos, haben damals das deutsche Interesse bemüht und gesagt:

(D) Es ist vor allem im deutschen Interesse, die Türkei in Europa zu sehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Glos, Sie hatten vorgestern Geburtstag und sind 60 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch von Kollege zu Kollege! 60 ist ein schönes Alter.

(Uta Zapf [SPD]: Jetzt wird er weise!)

Dann ist der jugendliche Leichtsinn vorbei und langsam beginnt die Altersweisheit. Ich hoffe, man wird das auch bei Ihnen ein bisschen merken. Ich jedenfalls wünsche Ihnen alles Gute!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Geschichte mit Europa geht weiter. In der Kontinuität der früheren CDU/CSU-Politik ist der Türkei 1999 vom Europäischen Rat in Helsinki der **Status eines Beitrittskandidaten** zuerkannt worden. Die Kopenhagener Kriterien müssen erfüllt werden. Dazu haben Sie, Frau Merkel, einige Monate, bevor es die Kommission getan hat, gesagt: „Die Türkei wird die Kopenhagener Kriterien erfüllen.“ Lesen Sie einmal nach, was Sie heute Morgen dazu gesagt haben.

Der Gipfel war, dass Sie, die Opposition, angekündigt haben: Sollten Sie 2006 die Regierung übernehmen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Franz Müntefering

- (A) werden Sie versuchen, einen Beschluss der Staats- und Regierungschefs der EU, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, rückgängig zu machen. Ich kann Sie beruhigen: Das werden Sie 2006 nicht schaffen. Trotzdem sollte man sich einmal ansehen, was Sie da eigentlich sagen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau!)

Sie sagen: Wenn Sie die Chance dazu hätten, die Sie aber nicht haben werden, würden Sie die Entscheidung einer deutschen Bundesregierung, mit solchen Verhandlungen zu beginnen, aushebeln. Dadurch disqualifizieren Sie sich für jedwede Aufgabe, sowohl außenpolitisch als auch bundespolitisch;

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn Verträge müssen gehalten werden. Das Schlimmste, was Sie als Opposition tun können, ist, ein solches Vorgehen anzukündigen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Was ist denn mit Maastricht und mit Schengen?)

Auch heute habe ich Sie nicht anders verstehen können.

Niemand behauptet, dass das, was wir vor uns haben, leicht ist. Das werden schwierige Verhandlungen. Es wird sicherlich auch Rempelen und Schwierigkeiten geben. Die Verhandlungen werden nicht automatisch zu dem Ergebnis führen, das wir uns wünschen. Die Türkei muss die Voraussetzungen schaffen, und zwar nicht nur per Gesetz und verbal. Sie müssen vielmehr Lebenswirklichkeit werden. Darauf werden wir zu achten haben. Das tun wir auch.

(B)

Die Verhandlungen werden lange dauern und schwierig sein. Ihr Ausgang ist offen; das wissen Sie. Vor 2014 jedenfalls ist ein Beitritt der Türkei zur EU nicht zu erwarten.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dann sind Sie aber nicht mehr an der Regierung! – Gegenruf der Abg. Uta Zapf [SPD]: Schauen wir mal!)

– Es geht nicht um mich persönlich; die Sozialdemokraten möglicherweise doch, Herr Kauder, also seien Sie mal nicht so mutig!

(Beifall bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Aber nur möglicherweise!)

Die Türkei ist kein Beitrittskandidat wie jeder andere. Wir wissen um die Sorgen und Bedenken, die es auch in unserem Lande gibt: Die Türkei ist ein sehr großes Land, ein Land mit einer Kultur, die nicht ohne weiteres in Europa Tradition hat, wenigstens nicht in der Dimension wie andere Kulturen. Das bedeutet: Nicht nur die Türkei muss beitragsfähig sein, die EU muss auch aufnahmefähig sein.

(Dr. Angela Merkel [CDU/CSU]: Ja, genau!)

– Ja, das sagen wir: Es liegt auch an uns. Mit uns wird die EU aufnahmefähig sein; ob das mit Ihnen auch der

Fall sein wird, ist eine ganz andere Frage. Mit der Position, die Sie jetzt beziehen, sind Sie es sicher nicht. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer von vornherein sagt: „Wir wollen es nicht“, wie kann der sich aufnahmefähig machen?

Die **Verhandlungen** können ausgesetzt werden, falls die Türkei die politischen Kriterien ernsthaft und dauerhaft verletzt. Die EU muss dafür Sorge tragen, eine Aufnahme der Türkei finanziell verkraften zu können. Wir lassen nichts aus: Die Sache wird schwierig. Für die ausgabenintensivsten Bereiche – die Agrarpolitik und die Strukturpolitik – müssen in den Verhandlungen mit der Türkei Regelungen gefunden werden. Was die Freizügigkeit der Personen angeht, wird in den Verhandlungen zu entscheiden sein, ob es den Mitgliedstaaten erlaubt werden soll, den Zuzug von Türiinnen und Türiken dauerhaft zu begrenzen, oder wie lange die volle Freizügigkeit nicht gegeben ist.

Wir verkennen nicht: Die Türkei kann und muss noch viel tun. Aber sie hat die Chance. Die Erfahrung, die wir mit anderen Ländern gemacht haben, ist: Die Chance, zur EU dazukommen zu können, ist der Ansporn für alle Demokraten in diesen Ländern, dies auch zu versuchen. Weshalb sind Sie so kleinmütig, zu glauben, dass das, was an demokratischer Idee, an Freiheitsidee in der EU steckt, sich nicht auch in andere Länder transportieren lässt, sie nicht anspricht, dazugehören zu wollen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Sie reden über die Risiken, wir reden über die Chancen, die es auch gibt. Sie reden kleinmütig und Sie reden mutlos. Deutschland ist der größte Handelspartner der Türkei. Der Zuwachs der deutschen Exporte war auch in diesem Jahr wieder fulminant. Der BDI hat erklärt:

Für die deutsche Industrie ist die Türkei ein Wachstumsmarkt mit großem strategischem Potenzial. Eine berechenbare europäische Perspektive und die schrittweise Übernahme des europäischen Rechts erhöht die Planungssicherheit für die Unternehmen.

Wo sie Recht haben, haben sie Recht: Die Perspektive des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union liegt auch im **ökonomischen Interesse** Deutschlands und der EU. Das ist so und das darf man auch sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Beitritt der Türkei zur EU hat auch eine **sicherheitspolitische Komponente**. Sie haben eben die Sache mit der Brücke beschrieben, Frau Merkel. Dass Sie eine gute Naturwissenschaftlerin sind, das weiß man ja – das bezweifle ich auch nicht –, aber eine Architektin sind Sie Gott sei Dank nicht geworden;

(Heiterkeit bei der SPD)

da wären Sie mit dieser ganzen Sache gescheitert. Denn bei der Brücke ist das Entscheidende, dass man ein vernünftiges Widerlager hat: Sie muss gut aufliegen. Diese

Franz Müntefering

- (A) wichtige Funktion kann dieses Land übernehmen. Denn der NATO-Partner Türkei hat eine strategische Lage zwischen Europa und dem Nahen und Mittleren Osten. Es ist ein muslimisch geprägtes Land. Viele andere muslimisch geprägte Länder werden auf diese Türkei schauen; sie tun das heute schon. Die Türkei leistet Friedensbeiträge und exportiert Stabilität. Es ist vernünftig von Europa und von Deutschland, die Türkei unter Bedingungen einzuladen. Die Türkei wird für andere Länder ein gutes Beispiel sein, wenn sie die Werte verwirklicht, die Bedingung sind: Demokratie und Freiheit, Pluralismus und Toleranz.

Wer Frieden und Freiheit, Wirtschaftlichkeit und kulturelle Stärke für ganz Europa bewahren will, muß sich auf diese Annäherung einlassen.

Das ist ein gutes, ein wichtiges Wort. Es stand in der „Bild“-Zeitung, aber auch da gilt: Wo sie Recht haben, haben sie Recht.

Wir sehen die Entscheidung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nüchtern: Es werden schwierige Verhandlungen sein. Aber das Ziel lohnt solche Anstrengung. Deshalb gehen wir verantwortungsbewusst an diese Aufgabe heran. Wir wünschen Europa, wir wünschen uns dabei eine gute und glückliche Hand und vor allen Dingen eine klare Botschaft an die Türkei, in der sich in den vergangenen Jahren so unglaublich viel verändert hat, und das unter einer konservativen Regierung. Wir alle sind – das muss man doch zugeben – überrascht von der Entwicklung in der Türkei, nicht nur in verbalen Bekundungen, sondern auch in der Praxis. Heute von hier aus im Deutschen Bundestag zu sagen: „Wir laden euch ein, mit uns zusammen dieses Europa zu gestalten“, das hat in der Tat, Frau Merkel, eine historische Dimension. Die Lösung liegt aber nicht in dem, was Sie sagen, sondern in dem, was diese Bundesregierung und diese Koalitionsmehrheit im Bundestag zu tun sich vorgenommen haben.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile dem Kollegen Werner Hoyer, FDP-Fraktion, das Wort.

Dr. Werner Hoyer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Rat wird morgen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschließen. Vielen kommt dieser Termin zu früh; auch mir geht es so, obwohl ich nicht zu denen gehöre, die auf ein Nein programmiert sind. Nicht zuletzt diese Bundesregierung hat 1999 vor und in Helsinki dazu beigetragen, dass wir jetzt eine Entscheidung treffen müssen, hinter die es dann auch kein Zurück mehr geben wird.

Dies gilt auch für die Zeit nach 2006. Spätestens dann, wenn diese Regierung abgewählt sein wird, werden andere darüber zu entscheiden haben, wie es weitergehen wird. Für die FDP sage ich, dass es ein Zurück

hinter die Aufnahme von Verhandlungen dann nicht mehr wird geben können. (C)

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Uta Zapf [SPD])

Der bayerische Ministerpräsident überschätzt sich an dieser Stelle; seine eigenen Parteifreunde im Europäischen Parlament, aber auch im Europäischen Rat werden ihm da nicht folgen.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Was sagen Sie jetzt zu Frau Merkel, Herr Hoyer?)

Dies steht für die FDP fest. Die FDP ist national wie international ein verlässlicher Partner; das gilt mit Sicherheit auch für die Außenpolitik nach 2006.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen halte ich nichts davon, bei diesem Thema an den **Sorgen der Bürgerinnen und Bürger** vorbeizugehen. Wir müssen uns dieser Sorgen ernsthaft annehmen, die übrigens tief in die sozialdemokratische Wählerschaft hineinreichen. Umgekehrt halte ich überhaupt nichts davon, Emotionen und Ängste geradezu zu schüren.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rot-Grün erweckt den Eindruck, als sei die Sicherheit Europas nur zu gewährleisten und der Kampf gegen den internationalen islamistischen Terrorismus nur zu gewinnen, wenn wir möglichst rasch die Europäische Union bis tief nach Mittelasien hinein ausdehnen. (D)

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Blödsinn, absoluter Blödsinn! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Ihr habt doch gerade noch geklatscht! – Kurt J. Rossmann [CDU/CSU]: Zu früh Hurra geschrien!)

Es wird so getan, als sei jeder, der sorgfältig und vorsichtig, vielleicht auch skeptisch an das Thema herangeht, von vornherein ein intoleranter Ausländerfeind oder zumindest jemand, der die strategischen Chancen nicht ergreifen will, die im EU-Beitritt der Türkei stecken.

Umgekehrt ist auch die Art der Ablehnung der Verhandlungen ein gefährliches Spiel mit dem Feuer; denn es können sehr leicht Ressentiments geweckt werden. Nebenbei bemerkt können auch völlig falsche Botschaften an die türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland ausgesandt werden. Beides bringt uns nicht weiter. Wir Liberalen kämpfen für eine Versachlichung der Debatte.

(Beifall bei der FDP)

Es wird am Freitag nicht um eine Entscheidung über den Beitritt selbst, sondern um eine **Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen** gehen. Erst am Ende dieser Verhandlungen – in zehn, zwölf, 15 Jahren oder später – kann die Entscheidung über Aufnahme, Ablehnung oder auch über eine differenzierte Position stehen. Daran ist immer wieder zu erinnern; denn eines

Dr. Werner Hoyer

- (A) ist klar: Heute wäre weder die Türkei beitriffähig noch wäre die Europäische Union aufnahmefähig.

(Beifall bei der FDP)

Richtig ist aber auch, dass die Türkei in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Aufhol- und Reformprozess begonnen hat und sich ernsthaft um die Implementierung der Reformen bemüht. Diese Bewegung, die die Türkei vollzogen hat, ist eine Bewegung in die richtige Richtung, nämlich in Richtung unserer **Wertvorstellungen**. Das ist das Entscheidende. Weder die Religion noch die Frage der Geographie ist entscheidend, sondern die Verständigung auf gemeinsame Werte wie Würde des Menschen, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Hier hat die Türkei noch einen langen Weg vor sich. Aber sie hat ihn eindeutig und klar eingeschlagen. Darin steckt für Stabilität, Frieden und Wohlstand in Europa eine große Chance.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es wichtiger, jetzt über die Ausgestaltung des Verhandlungsprozesses zu debattieren. Die Kommission macht hierzu durchaus kluge Vorschläge. Für uns Liberale sind dabei drei Elemente von herausragender Bedeutung. Die Stichworte lauten: Konditionierung, Monitoring und Ergebnisoffenheit.

Konditionierung – was heißt das hier? Es muss der Türkei vollkommen klar sein, dass an einer Fortsetzung und Implementierung ihres Reformprozesses kein Weg vorbeigehen kann. Wir müssen mit unseren türkischen Kollegen dabei fair umgehen. Es kann auf unserer Seite weder ein Draufsatteln geben – die Kopenhagener Kriterien gelten – noch kann es einen Rabatt gegenüber der Türkei geben. Die EU muss sich ihrerseits durch die Ratifizierung des Verfassungsvertrages, durch die erfolgreiche Bewältigung der letzten Aufnahmerunde und nicht zuletzt durch die Reform ihrer Gemeinschaftspolitiken an Haupt und Gliedern aufnahmefähig machen.

- (B)

Schließlich zu Zypern. Ich halte es für völlig undenkbar, dass ein Land Mitglied der Europäischen Union wird, das in einem anderen Land der Europäischen Union gegen dessen Willen militärisch präsent ist. Das muss den Türken klar gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie des Abg. Rainer Fornahl [SPD])

Als absolutes Minimum muss erwartet werden, dass die Türkei das Zollunionsprotokoll unterzeichnet;

(Uta Zapf [SPD]: Das haben sie zugesagt!)

denn das würde zumindest inzidenter zum ersten Mal die Anerkennung Zyperns durch die Türkei beinhalten. Es ist absurd, sich vorzustellen, dass die Türkei in einer Regierungskonferenz Beitrittsverhandlungen mit 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union führt, von denen es einen gar nicht anerkennt.

Beim Thema **Monitoring** bin ich von den Vorschlägen der Kommission schon weniger begeistert. Ich hätte mir gewünscht, dass die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament in diesen Prozess einbezogen wären. Wir werden jetzt wieder die übliche Kommis-

sionsroutine mit jährlichen Fortschrittsberichten erleben. Ich hätte mir einen breiteren Ansatz gewünscht, weil dann am Ende des Prozesses Überraschungen unangenehmer Art möglicherweise hätten vermieden werden können. Der Europäische Rat und die Kommission verpassen hier eine große Chance.

Schließlich das Thema **Ergebnisoffenheit**. Hier müssen und können wir die Kommission beim Wort nehmen. Es ist richtig, als Ziel den Beitritt zu benennen. Von den Türken jetzt irgendetwas anderes zu verlangen wäre völlig unrealistisch.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Auch die Türkei hat eine Innenpolitik. Auch die Türkei will diesen Reformprozess mit Rückenwind aus Brüssel fortsetzen. Aber ob das Ziel erreicht wird, kann niemand vorhersagen und erst recht nicht garantieren. Wenn es nicht erreicht wird, dann muss alles darangesetzt werden, dass sich die Türkei nicht von Europa abwendet. Deshalb muss es Optionen geben dürfen – nicht im Sinne einer als Diskriminierung empfundenen Reduzierung des Verhandlungsziels,

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Genau das wäre es!)

sondern im Sinne von möglicherweise eines Tages als sinnvoll oder überlegen angesehenen Alternativen zum ursprünglich angepeilten Verhandlungsergebnis.

Ich halte das für durchaus denkbar; übrigens weniger, weil ich der Türkei nicht zutrauen würde, dass sie den Reformprozess mutig fortsetzt oder dass sie in der Lage ist, ihre Volkswirtschaft weiter erfolgreich zu modernisieren, sondern eher deshalb, weil ich zumindest Zweifel habe, ob sich die türkischen Freunde voll darüber im Klaren sind, dass die Europäische Union kein definierter Endzustand ist, sondern ein Prozess, der auch in den nächsten 15 Jahren rasant weitergehen wird. Eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union setzt die Bereitschaft voraus, sich in diesen Prozess aktiv gestaltend einzubringen und in einem Umfang **Souveränitätsrechte** abzugeben und sich in die Innenpolitik hineinreden zu lassen, wie sich das manche in der Türkei gegenwärtig noch nicht vorstellen können. Wenn das allen am Ende des Prozesses erst einmal bewusst ist, dann ist es durchaus denkbar, dass im Konsens eher eine **besondere Partnerschaft** als eine **volle Mitgliedschaft** herauskommt – im Konsens mit den Türken und nicht als Abwehrreaktion gegenüber den Türken.

Die Kommission baut hier ja schon vor. Ich glaube, es ist klug, dass man vorsichtshalber darauf eingerichtet ist, dass es nicht zu einer Vollmitgliedschaft kommt; denn das Schlimmste, was passieren könnte, wäre, dass das Verhandlungsziel verfehlt würde und sich die Türkei von Europa abwendet.

(Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]: Das ist wahr!)

Deswegen hat die Türkei Vorschläge gemacht, die weitgehend eine dauerhafte Abweichung vom Prinzip der Freizügigkeit möglich erscheinen lassen. Dann werden

Dr. Werner Hoyer

- (A) die Grenzen zwischen Vollmitgliedschaft und einer besonderen Partnerschaft ohnehin schon sehr schnell verwischt. Nehmen wir das, was die Kommission als Ergebnissoffenheit benennt, ernst und nehmen wir es wörtlich!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Bundesminister Joseph Fischer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von allen Rednerinnen und Rednern wurde zu Recht unterstrichen, dass es sich um eine wichtige, ja sogar um eine historische Entscheidung nicht nur für Europa, sondern selbstverständlich auch für die Türkei handelt. Ich will versuchen, die Argumente im Einzelnen aufzunehmen, und unsere Sicht dazu darstellen.

Lassen Sie mich zuerst unsere Erwartung zweifelsfrei klarstellen. Wir gehen davon aus, dass der Europäische Rat den Beschluss fassen wird, zu einem bestimmten Datum im nächsten Jahr die Beitrittsverhandlungen – und nichts anderes – mit der Türkei aufzunehmen. Die Bundesregierung wird sich dafür mit allem Nachdruck einsetzen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir müssen doch sehen, dass das **europäische Einigungsprojekt** seit dem Ende des Kalten Krieges eine unglaublich positive Wirkung ausstrahlt. Hier verstehe ich ehrlich gesagt Ihren Kleinmut nicht. Frau Merkel, wenn ich über Klein- bzw. Großeuropa spreche, dann meine ich das Europa der 25, ein Europa, das um zehn Mitgliedstaaten größer geworden ist. Es gab eine gewisse Skepsis. Man fragte sich, wie lang es dauern werde, bis wir das verarbeiten könnten. Gerade die Ukrainekrise hat doch gezeigt, dass wir in der 25er-Union keineswegs weniger handlungsfähig sind. Wir konnten feststellen, dass die Zusammenarbeit der beiden Präsidenten Kwasniewski aus Polen und Adamkus aus Litauen mit dem Hohen Beauftragten der Europäischen Union hervorragend war. Im Hintergrund haben viele, auch die Bundesregierung und der Bundeskanzler, dazu beigetragen, dass wir hier vorangekommen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

An diesem Punkt muss ich Ihnen ehrlich sagen – es wird dauernd über Stolz geredet –, dass wir stolz darauf sein sollten, dass diese erweiterte Union die Verfassung zustande gebracht hat. In der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und in der gemeinsamen Außenpolitik kommen wir jetzt weiter. Wenn die Verfassung umgesetzt wird, dann wird die Verhandlungsfähigkeit weiter zunehmen. Dabei war die Türkei nicht nur in

der NATO, sondern auch in der Verbindung von EU und NATO ein wichtiger Partner. (C)

Frau Merkel, stellen Sie sich vor: Die **privilegierte Partnerschaft** existiert bereits heute.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Türkei war bei der Unterzeichnung der Verfassung im Kapitol dabei und an den Beratungen über die Verfassung hat sie durch ihre Repräsentanten nicht nur der Regierung, sondern auch des Parlaments von Anfang an teilgenommen. In allen wichtigen Gremien der Europäischen Union sitzt sie beratend und sie nimmt an den Beratungen teil. Es gibt die Zollunion und inzwischen auch enge wirtschaftliche Beziehungen. Das heißt: Das, was Sie privilegierte Partnerschaft nennen und worüber Sie verhandeln wollen, existiert bereits.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Er widerspricht sich!)

– Nein, ich widerspreche mir überhaupt nicht. Vielmehr existieren diese engen Beziehungen.

Sie haben das große Problem, dass die Regierung Erdogan bereits Fortschritte erreicht hat. Sie hat mit der Durchsetzung rechtsstaatlicher Grundsätze, mit der Abschaffung der Todesstrafe und mit Rechtsstaatsreformen Ernst gemacht, die wir seit Jahrzehnten gefordert haben, die aber erst jetzt angegangen wurden und noch umgesetzt werden müssen. Frau Merkel, wenn Sie ehrlich sind, dann müssen Sie sagen, dass Sie Schwierigkeiten mit einer Regierung haben, die das tut, was auch die CDU/CSU vier Jahrzehnte lang von der Türkei verlangt hat. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dahinter steckt etwas ganz anderes. Ich komme darauf nachher noch zu sprechen. Es geht nicht um Ihr Argument, dass Sie sich um Europa sorgen. Im Übrigen teile ich Ihren Dreisatz nicht. Sie sprachen von der Freihandelszone. Die EU war von Anfang an mehr als eine Freihandelszone.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die EFTA war die Freihandelszone, die EU hat von Anfang an auf Integration gesetzt.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Eben, drum!)

Das Wesen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war schon damals die Idee der **Integration**. Deswegen wurden der Gemeinsame Agrarmarkt und der Gemeinsame Markt für Industriegüter gleich am Anfang geschaffen. Das heißt, die Integration ist das wesentliche Element der Europäischen Union.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Deswegen kann man sich aber nicht übernehmen!)

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) Wenn Sie Ihr Argument ernst nehmen würden, dann müssten Sie den damaligen Beitritt Großbritanniens und von skandinavischen Ländern in der Tat sehr skeptisch sehen. Ich tue das nicht. Wenn Sie sich die aktuelle Lage der Europäischen Union anschauen, dann werden Sie erkennen, dass das offensichtlich richtig ist.

Ich komme zur Integration. Sie sprechen von der Wirtschaftsgemeinschaft. Ich sehe hier keinen Widerspruch. Die Vertiefung und Herstellung des Gemeinsamen Marktes und die Wirtschafts- und Währungsunion stehen in einem engen Zusammenhang mit einem vertieften politischen Zusammenwachsen. Das hat auch die Erweiterung der Europäischen Union gezeigt. Ich frage Sie: Woher wissen Sie, dass Ihre These, mit der Türkei sei das nicht möglich, stimmt? Wir entscheiden heute nicht über den Beitritt der Türkei, sondern wir entscheiden über die Modernisierung der Türkei. Die Entscheidung über die Unterstützung der bisher erfolgreichen Modernisierung steht an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Weder Sie noch ich wissen, was passieren wird. Es geht um Folgendes: Wenn wir Ihre Position übernehmen, wird das, ob Sie das intendieren oder nicht – ich meine das jetzt nicht negativ –, in der Türkei als Nein gesehen. Die Konsequenzen aus diesem Nein müssen wir dann auch durchbuchstabieren. Wir haben der Türkei über 41 Jahre lang den Beitritt zugesagt. Franz Müntefering hat noch einmal die Positionen und Zusagen, die auch Ihre Partei und die von Ihnen gestellten Regierungen vertreten haben, zitiert. Die Konsequenzen aus diesem Nein – darin sind wir uns doch zumindest hinter verschlossenen Türen einig – wären extrem fatal.

- (B)

Sie können uns heute nicht nachweisen, dass wir mit einem Ja einen Automatismus in Gang setzen. Das tun wir nicht, sondern wir sprechen uns expressis verbis gegen jeden Beitrittsautomatismus aus. Dann kann ich Sie nur fragen: Warum ist es Ihnen nicht möglich, dass Sie diesen Prozess, der – das wird so beschlossen – völlig offen ist, weiterhin positiv oder meinetwegen auch skeptisch begleiten? Ich dachte, zwischen Ihnen und uns gibt es in einem Punkt Einigkeit, nämlich dass wir ein großes Interesse an der **Modernisierung der Türkei** haben. Ich dachte auch, dass wir ebenso darin einig sind, dass diese Modernisierungsperspektive der Türkei mit der europäischen Perspektive verbunden ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Eine europäische Perspektive bedeutet auch eine feste Verankerung.

Ich komme jetzt zu dem entscheidenden Punkt. Wir wollen die Entscheidung über den Beitritt der Türkei dann, wenn sie beitriffähig ist. Wir wissen, dass dieser Prozess zehn, vielleicht sogar 15 Jahre dauern wird. Wir wissen, dass es keinen Automatismus geben wird. Wir wissen auch, dass mit entsprechenden Benchmarks Vorsorgeregulungen für den Fall getroffen werden, dass die Entwicklung in der Türkei stagniert oder sie sich in die völlig andere Richtung bewegt. Ich frage nochmals die

Union: Warum tun Sie so, als ob wir heute über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union entscheiden? (C) Warum sind Sie nicht in der Lage, auf den Prozess, den Sie eigentlich weiter begleiten könnten, positiv zu reagieren? Sie wissen doch ganz genau, dass heute die Entscheidung über die Modernisierung der Türkei und nicht über den Beitritt ansteht.

Ich komme zu der strategischen Frage. Mich wundert, wie Sie mit der Frage der Strategie umgehen. Es ist doch nicht so, dass auf der einen Seite die Union die Gefühle anspricht und auf der anderen Seite eine kalte Strategie steht. Der entscheidende Punkt bei der Türkei ist, dass die Modernisierung in diesem großen islamischen Land am weitesten fortgeschritten ist.

Ich will hier noch einen anderen Punkt ansprechen. Bei der Wahl des Generalsekretärs der Organisation der Islamischen Konferenz bestand die Alternative zwischen einem von Saudi-Arabien unterstützten Kandidaten und einem türkischen Kandidaten. Ich habe von manchen arabischen Kollegen und auch von Vertretern anderer islamischer Länder, die nicht Teil der arabischen Welt sind, gehört, dass der Grund, warum sie sich für den türkischen Kandidaten entschieden haben – er hat am Ende gewonnen –, war, dass sie den Reformprozess in der Türkei als beispielhaft nicht nur für sich selbst, sondern für die gesamte arabisch-islamische Welt sehen. Das ist der eigentlich strategische Ansatz. Darum geht es.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Das ist nicht das alleinige Argument und für sich genommen noch nicht ausreichend. Aber es ist natürlich ein sehr wichtiges Argument. Nach dem 11. September geht es darum, dass wir in der islamisch-arabischen Welt entweder die Transformation unterstützen oder in Kauf nehmen, auf eine Explosion zuzusteuern, die dann irgendwann kommen wird. Das scheint mir ganz klar zu sein. In dieser Situation ohne Not Nein zu sagen, halte ich für dermaßen blind und gegen die Interessen Europas, der gesamten westlichen Welt und Deutschlands gerichtet, dass ich Sie noch einmal auffordern möchte, Ihre Position im Lichte der Fakten grundsätzlich zu überprüfen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich glaube, bei Ihnen ist es im Wesentlichen etwas anderes. Es geht nicht um die Argumente, die jetzt vorgebracht wurden. Vielmehr steckt eine tief sitzende Aversion

(Dr. Angela Merkel [CDU/CSU]: Was?)

– gar nicht einmal bei Ihnen persönlich, aber bei Teilen Ihrer Partei – dahinter. Sonst könnten wir diesen Prozess auf der Grundlage der Vorschläge,

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

die die Präsidentschaft jetzt vorgelegt hat, gemeinsam weiter verfolgen. Sie würden sich damit gar nichts vergeben. Sie könnten an Ihrer Skepsis festhalten, aber wir

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) könnten den Prozess der Modernisierung gemeinsam begleiten. Wir könnten den hier lebenden Menschen, die aus der Türkei stammen oder noch türkische Staatsangehörige sind, ein Gefühl der Zugehörigkeit zu uns geben, was ich für ganz wichtig halte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Frau Merkel, auch unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus wäre es das Dümme, Kurzsichtigste und Gefährlichste, was wir machen könnten, wenn wir die Mehrheit der Muslime in die Ecke derer stellen würden, die meinen, uns mit Terror gefährden oder angreifen zu müssen.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Tut doch niemand!)

Im Gegenteil: Die Mehrheit der Muslime muss auf unserer Seite stehen, wenn wir diese Auseinandersetzung gewinnen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Falsche Behauptungen!)

Die Bundesregierung hat sich ihre Position nicht leicht gemacht. Wir werden uns mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass wir jetzt auf dem Europäischen Rat eine Entscheidung auf der Grundlage bekommen, dass der Prozess offen ist, es keinen Beitrittsautomatismus gibt und die Umsetzung der notwendigen Reformen in die gesellschaftliche Realität überprüft wird. Es muss eindeutig sein, dass die Türkei einen Termin im nächsten Jahr bekommt, an dem wir die Beitrittsverhandlungen eröffnen. Dies ist im Interesse Europas und im Interesse unseres Landes.

(B)

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Gerd Müller, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Deutschland und die Türkei verbindet eine historische Freundschaft. Nicht zuletzt CDU und CSU haben die Verwirklichung der Zollunion damals gegen die Stimmen von Sozialisten und Grünen im Europäischen Parlament durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir lassen uns bei unseren Entscheidungen von niemandem unter Druck setzen. Wir sagen ein klares Nein zu Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Wir sagen aber Ja zur Zusammenarbeit mit einer starken, souveränen und stolzen Türkei. Das Konzept der **privilegierten Partnerschaft**, wie es von Frau Dr. Merkel aufgezeigt wurde, ist dazu der richtige Weg.

(Gernot Erler [SPD]: Wir wissen immer noch nicht, was das ist!) (C)

Es ist der richtige Weg für die Türkei, für Deutschland und für Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Außenminister, wenn man Ihre Argumentation logisch verfolgt, dann stellt man fest, dass das eigentlich die Argumentation für den Weg der Union ist. Es ist unverantwortlich, heute zu sagen: Alles oder nichts. Wir zeigen der Türkei den Weg auf: Ja oder nein. Wir verhandeln zehn bis 15 Jahre und am Schluss sagen wir: Ja oder nein. – Das ist der falsche Weg. Wir von der Union sagen: Wir wollen heute den Ausbau und die Vertiefung der Partnerschaft und Freundschaft mit der Türkei, und zwar schrittweise und stufenweise mit dem Konzept der privilegierten Partnerschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition, Sie sprechen von der Mehrheit der Muslime im Land, die Sie brauchen. Ich frage Sie: Brauchen wir für einen solchen historischen Schritt nicht die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hier in Deutschland?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist beschämend, dass der Kanzler bei einer solchen Debatte, vor einem solchen historischen Schritt in Europa nicht auf der Regierungsbank sitzt, geschweige denn, dass er dem deutschen Parlament die Möglichkeit gäbe, über einen solchen Schritt abzustimmen. Sie entscheiden gegen die Mehrheit des deutschen Volkes und gegen das deutsche Parlament.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woher wissen Sie denn das?)

Das ist die Arroganz der Macht. Sie, Herr Bundeskanzler, und Sie, Herr Außenminister, haben Ihre Freunde von der Industrie an Ihrer Seite, Herrn Breuer und Herrn Rogowski. Ich aber sage Ihnen: Die deutsche Industrie und die deutsche Wirtschaft profitieren heute schon von der Partnerschaft und der Zollunion. Das ist kein qualitativer Sprung.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber natürlich!)

Fragen Sie doch einmal Herrn Vosseler! Fragen Sie einmal die Opel-Mitarbeiter! Fragen Sie den normalen Arbeitnehmer! Diese Menschen bangen um ihre Arbeitsplätze. Sie haben ein Stück weit Angst vor dieser Entwicklung und sehen sie mit Sorge.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme auf die zentralen Punkte zu sprechen. Was sind unsere Gründe gegen den EU-Beitritt der Türkei? Wir sind überzeugt, dass die Aufnahme der Türkei das Ende der **Politischen Union Europas** bedeutet. Europa verliert dadurch seine Identität und seine Zustimmung bei den Bürgern. Das können wir nicht anstreben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Gerd Müller

- (A) Egon Bahr als Wegbereiter der Osterweiterungspolitik bringt seine Kritik an einer Vollmitgliedschaft auf den Punkt, indem er feststellt:

Nimmt man die Türkei auf, dann ist das das Ende der Vision von der politischen Union Europas.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Nicht nur die großen Sozialdemokraten Egon Bahr und Helmut Schmidt, den man ebenfalls in diesem Zusammenhang anführen könnte, warnen davor. Herr Müntefering, Sie haben vorhin von der geheimen Abstimmung gesprochen. Das hat auch einigen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament geholfen. Der Sozialdemokrat Klaus Hänsch, der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, hat sich vorgestern wie folgt zu der Debatte geäußert:

Die Verhandlungen müssen beginnen, aber ein Tag der Freude ist dies nicht. Es fehlt ein überzeugendes Argument dafür, dass die Türkei den Zusammenhalt Europas stärkt und nicht schwächt.

Die politische Vertiefung wird der Euphorie über die Größe und die Fläche geopfert. Das wissen Sie auch, Herr Außenminister. Das ist im Übrigen auch der Grund, warum die Briten für den Beitritt Ankaras stimmen und warum es viele Ja-Stimmen aus unterschiedlichen Motiven gibt.

- (B) Frits Bolkestein, der frühere niederländische EU-Kommissar, spricht in aller Offenheit und Deutlichkeit klar aus, dass **Vertiefung und Erweiterung** die Lebenslüge der Union seien. Die Erweiterung und Vertiefung schafften in Brüssel ein Monster oder Chaos. Wahrscheinlich schafften sie beides. Denn Sie können nicht auf der einen Seite den Weg zur Politischen Union und die Handlungsfähigkeit Europas vertiefen – was wir alle wollen – und auf der anderen Seite die Europäische Union durch die Ausdehnung bzw. Erweiterung bis an die Grenzen Syriens und Armeniens in eine Größenordnung bringen, in der wir den Weg der Politischen Union nicht mehr gemeinsam gestalten können.

Für unseren Außenminister hat Europa noch nicht die richtige **Größe**. Das hat er mehrfach betont. Nur mit der Türkei kann die EU hinsichtlich der Größe mit Amerika, Russland und China Schritt halten. Frau Merkel hat Sie bereits darauf hingewiesen, Herr Fischer: Sie verwechseln in Ihrer Großmannssucht Größe und Stärke. Ein Europa, das in der Welt eine Rolle spielt – das wäre entscheidend –, sollte und müsste mit einer Stimme sprechen. Das ist der Weg, den wir gehen müssen.

(Zuruf von der SPD: Der bayerische Weg!)

Auch das Strategieargument wurde entkräftet.

(Uta Zapf [SPD]: Keineswegs!)

Die Türkei ist weder eine Brücke zur **arabischen Welt** noch ein Vorbild für sie.

(Uta Zapf [SPD]: Aber ja!)

Auch diese Wahrheit muss gesagt werden. Denken Sie an das Verhältnis zwischen der Türkei und ihren arabi-

schen Nachbarn! Es ist mehr als gespannt. Denken Sie an die zwei Jahre zurückliegende syrisch-türkische Krise! (C)

(Uta Zapf [SPD]: Das ist zwei Jahre her!
Heute ist alles anders!)

Die Türkei ist weder Brücke noch Vorbild für die arabische Welt. Dies bestätigen Ihnen nicht nur Herr Winkler, sondern auch viele andere Professoren, Wissenschaftler und Fachleute.

Sie brechen mit der Aufnahme der Verhandlungen mit einem Grundsatz. Sie nehmen Verhandlungen auf, ohne dass die politischen **Kopenhagener Kriterien** erfüllt sind. Ankara missachtet die Menschenrechte. Die Zypernfrage ist weiter offen. Das Völkerrecht wird verletzt. Ankara verletzt das Recht auf Religionsfreiheit. Die EU-Kommission stellt zum Thema Folter fest, dass es zwar keine systematische, aber eine permanente Folter gibt. Allein 2004 sind 600 Folterfälle dokumentiert worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bundesinnenminister Schily, allein aus der Türkei sind in den letzten zwölf Monaten 12 000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Dennoch stellen Sie fest, dass alle Kriterien hinsichtlich der Demokratie und Menschenrechte erfüllt seien. Sie geben einen Freifahrtsschein und brechen mit dem Grundsatz, Verhandlungen erst dann aufzunehmen, wenn die politischen Kriterien erfüllt sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D) Natürlich stellen sich die Menschen in unserem Lande auch die – bislang völlig unbeantwortete – Frage nach den **Kosten**. Wer soll angesichts leerer Staats- und Rentenkassen den Beitritt der Türkei finanzieren? 25 Milliarden Euro im Jahr! Woher soll das Geld kommen? Diese Frage bleibt völlig offen. Die Menschen stellen sich ebenfalls die Frage, was **Freizügigkeit** bedeutet. Das Osteuropa-Institut weist heute noch einmal darauf hin, dass Freizügigkeit freier Zugang für alle Menschen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und zu den europäischen Märkten bedeutet. Das Osteuropa-Institut prognostiziert heute, dass 4 Millionen Türken über die Brücke nach Europa kommen werden; denn es gibt eine enorme Einkommensdifferenz zwischen der Türkei und den europäischen Mitgliedstaaten.

(Günter Gloser [SPD]: Wer redet denn von heute?)

Die Kaufkraft in der Türkei liegt bei 23 Prozent des EU-Durchschnitts. 20 Millionen Türken leben von einem Monatseinkommen in Höhe von unter 50 Euro. Wer sollte es diesen Menschen verdenken, wenn sie hoffnungsfroh über die Brücke gehen und zu uns kommen? Wer glaubt nicht, dass sie das tun werden?

Erdogan hat in dieser Woche in seiner Rede vor dem türkischen Parlament ganz klar gemacht, er werde es nicht hinnehmen, dass die Freizügigkeit langfristig ausgeschlossen wird. Wenn Sie aber die Freizügigkeit langfristig ausschließen, dann machen Sie sich genau unser

Dr. Gerd Müller

- (A) Konzept einer privilegierten Partnerschaft zu Eigen. Das ist ein sinnvollerer Weg als derjenige, den Sie vorschlagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich komme auf einen weiteren Punkt zu sprechen. Die Europäische Union ist nach der Osterweiterung überfordert, nun den Beitritt der Türkei zu schultern. Geben Sie eine Antwort auf die Frage, wie die Aufnahme der Türkei institutionell erfolgen soll, die dann mit 80 Millionen Einwohnern – das wären 15 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union – Anspruch auf 96 Abgeordnete im Europäischen Parlament und 15 Prozent der Ministerratsstimmen hätte. Weder sind die **politischen Institutionen** darauf vorbereitet noch sind die **wirtschaftlichen Bedingungen** dafür gegeben. Mit dem Beitritt der Türkei würde sich der Anteil der Kohäsionsländer in der EU auf 36 Prozent der Bevölkerung, 41 Prozent der Parlamentsstimmen und 43 Prozent der Ratsstimmen erhöhen, und das bei einem BIP-Anteil von 9 Prozent. Das würde den politischen, den institutionellen und den wirtschaftlichen Rahmen der Europäischen Union sprengen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch der Verfassungsvertrag gibt darauf keine Antwort. Er ist kein Erweiterungsplan.

Ich komme zum Schluss. Ihre Alles-oder-nichts-Strategie ist falsch. Bei Ihnen heißt „ergebnisoffen“ Ja oder Nein. Das ist falsch. Verhandlungen über zehn oder 15 Jahre mit dem Ziel eines Beitritts zu führen und am Ende – möglicherweise – doch Nein zu sagen, das wäre eine verheerende Katastrophe für beide Seiten. Deshalb fordern wir Sie auf: Nehmen Sie die von uns, der Union, vorgeschlagene Option einer privilegierten Partnerschaft in die Verhandlungen auf!

- (B)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile der Kollegin Uta Zapf, SPD-Fraktion, das Wort.

Uta Zapf (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass die Rede von Herrn Müller eine Zusammenballung aller falschen Argumente in einem eigentlich rational zu führenden Diskurs darstellt. Das zeigt, auf welche Art und Weise Sie

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Überlegen Sie sich, was Sie sagen!)

– Herr Kollege, ich überlege mir das immer – vorgehen. Frau Merkel hat gesagt, das Thema bewege – das ist richtig – und wir müssten Argumente austauschen. Im gleichen Atemzug hat sie aber von einer Katastrophe gesprochen, wenn nun die Verhandlungen eröffnet würden. Das nenne ich nicht „Argumente austauschen“.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte darauf hinweisen, wie inkonsistent Ihre Aussagen in den vergangenen Wochen waren. Vor einigen Wochen haben Sie angekündigt, die **Entscheidung des Europäischen Rates** zu respektieren. Ein paar Wochen später haben Sie gesagt: Wenn wir 2006 an die Regierung kommen, dann werden wir diese Entscheidung rückgängig machen. Offensichtlich gibt es eine hübsche Eskalation. Ich muss sagen: Ich bin dem Kollegen Rühle sehr dankbar, dass er zu genau diesem Thema öffentlich Stellung genommen hat. Er hat sowohl davor gewarnt, diese Frage im Bundestagswahlkampf zu instrumentalisieren, als auch davor, den Verhandlungsprozess zu stoppen.

Herr Strauß – ich zitiere ihn ungern – hat immer gesagt: **Pacta sunt servanda**. Ich habe gehört, dass auch Frau Merkel diese Worte gegenüber Herrn Erdogan geäußert hat. Heute hat sie genau das Gegenteil behauptet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Günter Gloser [SPD]: Frau Merkel schlingert eben!)

Die CDU/CSU behauptet, die Vollmitgliedschaft der Türkei scheitere an den Menschen in Europa. Sie implementieren einen Diskurs, der darauf abzielt, den Menschen zu suggerieren, dass die Integration der Türkei scheitern muss. In der letzten Diskussion hat Herr Glos in einem Zwischenruf gesagt: Wir wollen Hilfe vom **deutschen Volk**. Sie wollen nämlich, dass das deutsche Volk eine Mitgliedschaft der Türkei ablehnt.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Richtig!)

Im Moment sind Sie dabei – Sie führen keinen rationalen Dialog –, diesen Dialog mit einer beispielhaften Verdrehung der Argumente – Herr Müller war ein Paradebeispiel dafür – zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Günter Gloser [SPD]: Herr Glos kann niemand helfen!)

Herr Pflüger hat erst kürzlich im Zusammenhang mit dem Verzicht auf die geplante **Unterschriftenaktion** geprahlt, als er sagte: Wir hätten ja viel Unterstützung gehabt; trotzdem haben wir darauf verzichtet.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Richtig!)

Die NPD hat das nämlich aufgegriffen. So treibt man Wähler in die rechtsextremen Scheuern. Was Sie betreiben, ist nicht nur Populismus, sondern hat auch weit reichende Auswirkungen auf die Innen- wie auf die Außenpolitik. Es schert Sie in keiner Weise, dass Sie durch das Schüren von Ängsten, das Sie hier betreiben, Schäden anrichten.

Zum Beispiel hat Herr Pöttering vor einigen Tagen im Deutschlandfunk gesagt: Zum Zeitpunkt des vermutlichen Beitritts wird die Türkei eine Bevölkerungszahl von 100 Millionen haben. Kein Einziger von Ihnen hat einmal einen Blick in die Geburtenstatistik der Türkei geworfen; sonst hätten Sie nämlich festgestellt, dass es dort ähnlich wie bei uns einen erheblichen **Geburtenrückgang** gibt, und das sowohl in den Metropolen als

Uta Zapf

- (A) auch in Südostanatolien. Das ist keine wirklich rationale Diskussion, sondern eine Verkehrung der Tatsachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dasselbe gilt im Hinblick auf die **wirtschaftliche Entwicklung**. Herr Müller hat gerade das **Quaisser-Gutachten** erwähnt. Dieses Gutachten hat Herr Sinner, der bayerische Europaminister, stolz vorgestellt.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das wurde vom Finanzminister Eichel in Auftrag gegeben!)

– Ja, ich weiß; und das vorherige auch. – Ich habe selbst mit Herrn Quaisser über seine Gutachten diskutiert. Wenn Sie genau hingeschaut hätten, dann hätten Sie bemerkt, dass Herr Quaisser genauso wie Sie die Parameter des Jahres 2004 zugrunde legt und in keiner Weise berücksichtigt, dass es während des gesamten Prozesses der Verhandlungen über einen Beitritt eine Entwicklung geben wird und dass es Prognosen gibt, die der Türkei durchaus eine positive Wirtschaftsentwicklung attestieren. Heute früh hat Herr Sahin, der Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer, die entsprechenden Argumente sehr genau aufgeführt.

Wenn Sie mit diesem Thema wirklich fair und rational umgehen wollen, wenn Sie mit diesem Thema umgehen wollen, ohne Ängste zu schüren und ohne zu hetzen, dann müssen Sie auch diese Dinge erwähnen und Sie dürfen nichts vortragen, was schief ist und auf falschen Annahmen basiert.

(B)

Wir begeben uns mit der Eröffnung der Verhandlungen doch in einen Prozess hinein. Diesen Prozess durchlaufen beide Seiten, sowohl die EU als auch die Türkei. Beide Seiten werden sich in diesem Prozess verändern und beiden Seiten wird dabei viel abverlangt. Innen- und außenpolitisch verantwortliches Handeln bedeutet, dass man mit den politischen Argumenten rational und ehrlich umgeht, dass man einen Beitrag zur politischen Willensbildung leistet und dass man in einem Abstimmungsprozess eine Entscheidung herbeiführt, so wie es das Europäische Parlament gemacht hat.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Dann lassen Sie uns doch einmal abstimmen! Der Bundeskanzler redet ja nicht einmal dazu!)

Ich bin mir ganz sicher, dass der Rat morgen entsprechend entscheiden wird und dann dieser Prozess eröffnet wird.

Ich möchte noch auf ein Argument eingehen, das Herr Söder aufgegriffen hat und das auch Sie, Herr Müller, haben anklingen lassen: das Argument des **Terrorismus**. Herr Söder hat gesagt: Wenn wir jetzt Beitrittsverhandlungen beginnen, dann importieren wir den islamistischen Terror aus der Türkei nach Europa.

(Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Völlig gaga!)

Die ist so falsch wie nur irgend möglich,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (C)

weil die Türkei in der Terrorbekämpfung einer unserer besten Partner ist; sie ist selbst von diesem Terror betroffen. Fragen Sie doch bitte einmal das BKA danach, das Ihnen mitteilen wird, welche hervorragende Zusammenarbeit es an dieser Stelle gibt! Mit solchen Horrorargumenten – wenn sie zuträfen, dann hätte Frau Merkel natürlich Recht; das wäre eine Katastrophe – zu hantieren ist in der Tat völlig unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt aufgreifen: das **sicherheitspolitische Argument**. Das ist hier von Ihrer Seite völlig zerpfückt worden. Herr Fischer, Sie haben es sehr klar dargestellt. Ich bedanke mich dafür, dass Sie das noch einmal so deutlich gemacht haben. Den Partner Türkei werden Sie, meine Damen und Herren, vor den Kopf stoßen, wenn Sie so argumentieren. Die Türkei ist jahrzehntelang Partner der NATO, ist als Bollwerk gegen den Kommunismus wunderbar brauchbar, ist auch unerlässlich – das verdrängen Sie jetzt völlig – für den Ausbau der ESVP, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Und nun wollen Sie ihr die Tür vor der Nase zuschlagen, obwohl richtig ist, was Sie bestreiten, nämlich dass die Türkei in dieser Region mittlerweile ein Garant und ein Promoter für Sicherheit ist und sein wird, weil sie gute Beziehungen zu ihren Nachbarn hat. Ja, sie hatte vor zwei Jahren einen Streit mit Syrien. Aber heute gibt es einen intensiven Annäherungsprozess mit Syrien. Es gibt einen Annäherungsprozess mit Iran. Dort ist die Türkei ein guter Vermittler. Vergessen Sie nicht, dass die Türkei das einzige Land in dieser Region ist, das gute Beziehungen zu Israel hat!

(D)

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Deshalb werden sie auch von den arabischen Staaten geliebt!)

Welches Pfund wir dort wegwerfen, wenn wir unseren Partner Türkei so vor den Kopf stoßen, das vergessen Sie hier völlig.

Leider ist meine Redezeit jetzt fast zu Ende. Ich wäre gerade so richtig in Fahrt gekommen. – Wir sind gut beraten, glaube ich, wenn wir als Volksvertreter diesen Prozess begleiten, wie Herr Hoyer das gesagt hat. Es hindert uns niemand daran, diesen intensivierten europäisch-türkischen Dialog zu führen. Es hindert uns niemand daran, den deutsch-türkischen Dialog nicht nur in der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe zu führen, sondern generell unsere Kolleginnen und Kollegen im türkischen Parlament zu beraten, wenn sie es wünschen – das tun sie übrigens –, und sie bei diesem Prozess zu unterstützen, der für die Türkei schwer ist, der in der Türkei aber einen ganz hohen Akzeptanzgrad bei den Menschen hat. Die Kurden gehen auf die Straße und demonstrieren für den Beitritt zu Europa, weil sie genau wissen, dass ihre Menschenrechte, ihre bürgerlichen Rechte und ihre sozialen Rechte nur mit diesem Beitrittsprozess gewahrt bleiben. Die zivile Gesellschaft in der

Uta Zapf

- (A) Türkei ist mittlerweile so stark und so gut, dass sie selbst die Kontrolle über die Einhaltung und die Implementierung der Kriterien leisten wird. Schlagen wir der Türkei die europäische Tür nicht vor der Nase zu! Das, aber nicht die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen, wäre eine Katastrophe.

Danke.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile der Kollegin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, FDP-Fraktion, das Wort.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte doch noch einmal auf die **Beschlussfassung des Europäischen Parlaments** von gestern zu sprechen kommen, die für den heute Abend beginnenden Europäischen Rat nicht bindend ist, aber doch ein ganz wichtiges politisches Bild widerspiegelt. Über 400 europäische Abgeordnete, Volksvertreter, haben sich für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei ausgesprochen. Auch deutsche Liberale im Europaparlament haben Ja zu Verhandlungen gesagt, denn ein Ja zu Verhandlungen bedeutet kein Ja zu einem Beitritt. Sie haben da deutlich unterschieden.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Aber natürlich fühlen sie sich dazu verpflichtet, das einzuhalten, was in einem jahrzehntelangen Prozess der Heranführung der Türkei an die Europäische Union gesagt und auf den Weg gebracht worden ist. Auch vor 1998 sind die Weichen nicht in Richtung einer **privilegierten Partnerschaft** gestellt worden. Nirgendwo, in keinem Vertrag ist diese Alternative als eine Perspektive aufgezeigt worden. Es ist zwar auch nicht der **Beitritt** versprochen worden, aber er ist als eine Perspektive aufgezeigt worden. Auch in dieser heutigen Debatte muss die Kontinuität wichtiger außenpolitischer Entscheidungen der EU gewahrt bleiben.

Man darf aber auch nicht die Augen vor dem verschließen, was in den nächsten Jahren, wenn die Verhandlungen aufgenommen werden – davon gehen wir aus, auch dank der Unterstützung vieler konservativer Regierungschefs im Europäischen Rat –, auf uns zukommt. Dann stehen wir vor der Aufgabe, **offene und transparente Verhandlungen** zu führen und ehrlich zu bewerten, welche Fortschritte erzielt worden sind, aber zugleich auch deutlich zu machen, wo es noch Defizite gibt. Dass gerade diejenigen, die in den letzten Jahren häufig in der Türkei gewesen sind, die dort Prozesse beobachtet haben und miterleben mussten, wie Abgeordnete, weil sie die kurdische Sprache sprechen, zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, hoffen, dass sich hier in der Türkei etwas ändert, ist doch klar. Die **Menschenrechtler** erhoffen sich von der Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen eine Verstärkung des Druckes und damit einen weiteren Schub bei der Unterstützung ihrer Anliegen. Dass deren Vorstellungen

durchgesetzt werden, ist entscheidend. Zur Realität in der Türkei muss in Zukunft gehören, dass Folter, Misshandlungen und körperliche Verletzungen im Gewahrsam der Polizei, die ja schon auf dem Papier verboten sind, auch tatsächlich nicht mehr stattfinden bzw. bei Vergehen dagegen diejenigen, die so etwas machen, strafrechtlich verfolgt werden.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auch beim Bild der Frau in der Gesellschaft muss es zu Veränderungen kommen. Auch **Frauen in der Türkei** müssen an allen gesellschaftlichen Entwicklungen teilhaben können. Angesichts der Größe und der starken regionalen Unterschiede in der Türkei reicht es nicht, dass so etwas irgendwo auf einem Papier steht. Vielmehr muss alles getan werden, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität so aussieht, dass Frauen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben und ihre Rechte in einem nicht mehr autoritär geführten System auch tatsächlich wahrnehmen können. Das durchzusetzen wird ein entscheidender Punkt bei den Verhandlungen in den nächsten Jahren sein. Wir alle gehen davon aus, dass sie auf mehr als zehn Jahre angelegt sein werden. Wenn erst im Jahre 2014 über die Finanzen verhandelt werden soll, ist klar, dass in dem gleichen Jahr die Verhandlungen nicht auch schon abgeschlossen sein können. Vielmehr wird man davon ausgehen müssen, dass dieser Prozess sehr viel länger dauert.

Das **Monitoring** darf jedoch nicht zu einem bloßen Beobachtungsritual verkommen, indem alle Jahre ein Bericht vorgelegt wird, der von jedem anders interpretiert wird, weil er vielleicht Gespräche geführt hat oder von Menschenrechtlern, die in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages angehört wurden, ein Bild vermittelt bekommen hat, sondern es müssen greifbare Ergebnisse erzielt werden. Es müssen andere Instanzen geschaffen werden, die Fortschritte einfordern und einmal erzielte überwachen. Damit soll das erreicht werden, was wir, die wir dieser Entwicklung positiv gegenüberstehen, erwarten, nämlich dass sich die Türkei so verändert, dass sie nach einem über längere Zeit laufenden Prozess beitragsfähig sein wird.

(Beifall bei der FDP)

Wenn das nicht der Fall sein wird, meine Damen und Herren, dann ist für uns auch klar, dass es nicht aufgrund der Tatsache, dass einmal die politische Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen getroffen wurde, einen Automatismus nach dem Motto geben darf: Der politische Druck ist so groß, wir können nicht mehr anders entscheiden. Ich bin deshalb der Meinung, wir sollten genau hinschauen, wie die Realität in den Staaten, mit denen wir schon verhandeln und die demnächst Beitrittsverträge unterzeichnen wollen, aussieht und welche Fortschritte dort bei der Umsetzung notwendiger Reformen erzielt wurden. Wir sollten uns nicht in die Lage bringen, dass uns vorgehalten werden kann, dass wir bei allen anderen Beitrittskandidaten die Augen vor vorhandenen Defiziten verschlossen hätten, bei der Türkei aber die Augen ganz weit aufmachen würden. Die Türkei soll so behandelt werden wie die anderen Staaten auch und

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- (A) die anderen Staaten sollen an den Maßstäben gemessen werden, die wir an die Türkei anlegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Claudia Roth, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, Michel Glos! – Die heutige Debatte markiert einen wichtigen Schritt in der **Einigungsgeschichte Europas**, denn die Türkei ist Teil Europas. Es ist wichtig, das am heutigen Tage immer wieder zu sagen. Das Ziel der Vollmitgliedschaft wurde bereits 1963 mit dem **Ankaraabkommen** besiegelt. Seit 41 Jahren haben alle Bundesregierungen, auch die unionsgeführten, dieses Ziel unterstützt – zumindest offiziell, wie es heute erscheinen muss.

Der Europäische Rat von Luxemburg 1997 hat – das hat Franz Müntefering deutlich gemacht – das Recht der Türkei auf einen EU-Beitritt nicht infrage gestellt. 1999 wurde die Türkei offiziell zum Beitrittskandidaten erklärt. Im Oktober dieses Jahres hat die Kommission auf der Basis der Kopenhagener Kriterien, die sie für hinlänglich erfüllt ansieht, die Beitrittsverhandlungen empfohlen. Gestern hat – das ist ein wichtiges Signal an den Europäischen Rat – das Europäische Parlament mit großer Mehrheit gegen die privilegierte Partnerschaft und für die unverzügliche Aufnahme der Verhandlungen gestimmt. Das ist ein Signal, das der Rat sicher ernst nehmen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn der Rat nun hoffentlich die Aufnahme der Verhandlungen beschließen wird, dann tritt das, was schon seit über 40 Jahren auf dem Weg ist, in ein neues Stadium ein. Dieser Schritt ergibt sich doch nicht nur aus der Logik der Beziehungen der Europäischen Union zur Türkei, sondern er steht auch in einer ganz besonderen Tradition der bundesdeutschen Politik: der **Tradition der Integration**. Willy Brandts Ostpolitik war doch geprägt von Dialog und Integration und eben nicht von Zurückweisung. Es war genau diese Dialogbereitschaft, diese Integrationsbereitschaft, die die Veränderungen in Europa seit 1989 vorbereitet hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Günter Gloser [SPD])

Integration und nicht Zurückweisung war doch wirksam bei der **Süderweiterung** der Europäischen Gemeinschaft. Spanien, Portugal und Griechenland hatten ganz schlimme Diktaturen hinter sich, als sie sich damals auf den Weg in die Europäische Gemeinschaft gemacht haben. Es war doch genau der Prozess der europäischen Integration, der den Demokratisierungsprozess in diesen

Ländern unterstützt hat und der mit dafür gesorgt hat, dass Spanien, Portugal und Griechenland heute stabile Demokratien in der Mitte der Europäischen Union sind. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ähnlich ist es bei der **Osterweiterung**. Es gibt noch Probleme; aber die Erfolge sind unübersehbar. Die alten und die neuen Mitgliedstaaten profitieren davon, allen voran Deutschland.

Genau das erwarte ich auch mit Blick auf die Türkei. Unser Ja zu der Aufnahme von Verhandlungen ist sehr wohl abgewogen; es ist keinesfalls eine Augenblickseingebung. Klares Ziel ist, dass auf Erfolg verhandelt wird. Aber der Verhandlungsbeginn setzt eben keinen **Beitrittsautomatismus** in Gang. Am Ende des Prozesses – das wird ein langer und schwieriger Prozess sein, ein Prozess, der der Türkei viel an Wandel abverlangen wird – ist die Entscheidung zu treffen. Ergebnisoffen heißt doch eben nicht, werte Kollegen von der Union, auf der privilegierten Partnerschaft und nur auf der privilegierten Partnerschaft zu bestehen, denn sie ist kein Angebot und das wissen Sie auch; sie ist in Teilen sogar weniger als der Status quo. Wenn Sie also von „ergebnisoffen“ sprechen, werte Kollegen, dann meinen Sie die rote Karte und das ist ganz genau das Gegenteil von seriösem Verhandeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal versuchen, zu begründen, warum wir so vehement für den Beginn von Verhandlungen mit der Türkei sind. Wir sind dafür, weil wir ein vitales Interesse an einer demokratischen Türkei, an der Einhaltung von Menschenrechten, Minderheitenrechten und Rechtsstaatlichkeit haben. Mit der Frage, was wir dazu beitragen können, dass es zu einem Demokratisierungsprozess und zur stärkeren Beachtung der Menschen- und Minderheitenrechte in der Türkei kommt, beschäftige ich mich seit 18 Jahren. Die glaubwürdige Beitrittsperspektive seit 1999 hat diesen Reformprozess unterstützt und dafür gesorgt, dass es große Veränderungen in der Türkei gegeben hat. Diese Veränderungen sind der Beweis dafür, wie wichtig diese Perspektive ist. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Merkel, ich weiß, dass nicht die Papierform von Gesetzen zählt, sondern dass es auf die Implementierung ankommt. Ich weiß sehr genau, dass Defizite noch überwunden werden müssen. Ich weiß, dass es ein **Folterverbot** gibt. Aber ich weiß auch, dass dieses Folterverbot bis in die letzte Polizeistation in der Türkei umgesetzt werden muss.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Aber nicht umgesetzt ist!)

Ich weiß, dass es ein Gesetz von Verfassungsrang zur Gleichstellung von Mann und Frau gibt. Aber es muss jetzt noch in die Praxis umgesetzt werden, Gerd Müller.

Claudia Roth (Augsburg)

- (A) Es darf keine **Ehrenmorde** und keine **Zwangsverheiraten** mehr geben.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das interessiert doch den Schröder nicht! Schauen Sie sich doch mal an, was er in China gesagt hat!)

Ich weiß, dass sich die Situation der **religiösen Minderheiten** massiv verändert hat. Gleichwohl muss man sagen, dass es Defizite bei der Priesterausbildung und beim Rechtsstatus dieser Minderheiten gibt.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Fischer ist ein Seelenverkäufer!)

Ich weiß, dass der Ausnahmezustand in den kurdischen Gebieten aufgehoben worden ist und dass damit begonnen wurde, die kulturelle Realität anzuerkennen. Das reicht aber noch nicht, dass die **Kurden** tatsächlich akzeptiert werden.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Sie sind eingeknickt!)

Weil ich all das weiß, unterstütze ich diesen Integrationsprozess, der den Demokratisierungsprozess begleitet und absichert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

- (B) Wenn Sie sich dafür interessieren würden, Gerd Müller, dann wüssten Sie, dass alle – wirklich alle – Menschenrechtsorganisationen in der Türkei, entsprechende Stiftungen und Vereine, alle Vertreter der religiösen Gruppen, Vertreter der Kurden und der Armenier und nicht zuletzt die Mitglieder des Menschenrechtsausschusses der türkischen Nationalversammlung, die eine enge Kooperation mit unserem Parlament wollen, der Meinung sind: Bei der Demokratisierung in der Türkei kommt es jetzt darauf an, die **Dynamik der Veränderungen** nicht zu unterbrechen und in den Anstrengungen nicht nachzulassen. Der Beginn der Verhandlungen und das begleitende Monitoring fördern den Demokratisierungsprozess, den wir alle wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

All diejenigen, die wirklich für die Menschenrechte eintreten und die sie nicht nur dann einfordern, wenn es ihnen politisch in den Kram passt, müssen für die EU-Integration der Türkei sein. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf das Argument hinsichtlich der **Sicherheit** zurückkommen. Seit jenem 11. September haben Tausende von Menschen ihr Leben verloren. Die Liste der von Terroranschlägen betroffenen Städte wird traurigerweise immer länger: New York, Bagdad, Riad und Madrid. Aber Uta Zapf hat Recht: Auf dieser Liste steht auch Istanbul. Auch in Istanbul haben Menschen ihr Leben verloren; auch die Türkei ist im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus.

Was will dieser Terrorismus? Er will den Clash of Civilization; er will Unterschiede zwischen Kulturen zu gewaltsamen Gegensätzen steigern. Dem müssen wir entgegenwirken. Die Türkei ist dabei ein ganz besonders wichtiger Verbündeter. Eine demokratische Türkei in der Europäischen Union zeigt Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit. Sie wäre ein Beweis dafür, dass die Behauptung, Islam und Demokratie seien per se ein Widerspruch, falsch ist. Außerdem wäre es ein sehr wichtiges Signal in die islamische Welt, in die arabische Welt und ein enormer Sicherheitszugewinn für uns alle. Dieses Argument können Sie nicht vom Tisch wischen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Müller, ich gebe Ihnen Recht: Dieses Europa muss von unten entstehen. Es muss von den Menschen gewollt werden.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das glaubt ihr doch selber nicht! Von den Menschen in der Türkei oder in Deutschland?)

– Hören Sie mir doch einmal zu!

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Von welchen Menschen?)

Dabei geht es um die Begegnung der Zivilgesellschaften, um kulturellen Austausch sowie um ein gestärktes und vertieftes Verständnis füreinander. Dafür braucht es aber die Bereitschaft zur **Annäherung** und zum **Dialog**. Eine Ausgrenzung, das Schüren von Ängsten und das Aufstellen von Bedrohungsszenarien, wie Sie es heute Morgen exemplarisch vorgeführt haben, darf es nicht geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Bitte erinnern Sie sich, liebe christdemokratische Kollegen: Sie haben dereinst die Entspannungspolitik abgelehnt und sind damit für lange Jahre in das politische Abseits manövriert worden. Sie beginnen, mit der Türkei genau die gleichen Fehler zu machen. Wieder setzen Sie auf Ab- und **Ausgrenzung**. Wieder erkennen Sie nicht die Zeichen des Wandels und wieder einmal setzen Sie auf innenpolitische Stimmungsmache.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Müller, das haben Sie auch heute Morgen wieder getan.

Sie wollen die Türkeifrage 2006 zum **Wahlkampfthema** machen. Daran kann Sie niemand hindern. Aber Ihr Antrag, den Sie in der nächsten Sitzungswoche einbringen werden und in dem Sie einen Zusammenhang zwischen Beitrittsverhandlungen und islamistischem Terror und Bandenkriminalität herstellen, Ihr Brief, den Sie einen Tag vor dem CDU-Parteitag an Bundeskanzler Schröder geschrieben haben – das war doch kein ernst gemeinter Brief an den Bundeskanzler; das war der Auftakt zu einer antitürkisch aufgeladenen Patriotismusdebatte –,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Claudia Roth (Augsburg)

- (A) und das Spekulieren über Unterschriftenlisten, das ist doch – ich bitte Sie von Herzen – keine differenzierte Auseinandersetzung, sondern Wahlkampf. Den betreiben Sie auf dem Rücken von Migranten. Das ist genau das Gegenteil von Integration.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, mit der Ankündigung von Herrn Stoiber – die wird er nicht einlösen, weil Sie 2006 nicht in der Regierung sein werden – zerschlagen Sie **außenpolitische Glaubwürdigkeit**, indem Sie sagen: Wir werden mit allen Mitteln versuchen, das, was der Europäische Rat morgen – hoffentlich – beschließen wird, wieder einzukassieren. Damit zerschlagen Sie außenpolitisches Porzellan. Sie zerschlagen die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik. Gut, dass Sie nicht in die Regierung kommen werden!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Ja. – Sie haben sich von einer gestalterischen und verantwortlichen Europa- und Außenpolitik abgemeldet. Ich muss Ihnen sagen: Ich finde es wirklich schlimm, dass Sie in dieser Frage eine Politik nach dem Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ betreiben, um an die Macht zu kommen.

(Widerspruch von der CDU/CSU)

Ich bin davon überzeugt, dass gerade in der Politik der Zweck die Mittel nicht heiligt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein böses Beispiel für die politische Unkultur in diesem Land.

Wir sagen heute Ja zur Türkei in Europa, Ja zu einer demokratischen Türkei.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Was macht ihr denn mit den Menschenrechten, ihr Opportunisten!)

Wir werden diesen Verhandlungsprozess sehr ernsthaft – im Sinne der Menschenrechte –

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

begleiten.

Präsident Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon deutlich überschritten.

Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Ja, Herr Präsident. – Aber lassen Sie mich noch eines sagen:

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Wenn es um Menschenrechte geht, muss ich mir von Ihrer Fraktion wirklich nichts vorhalten lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Friedbert Pflüger, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollegin Roth, die Einzige, die in der bisher im Ganzen eigentlich sachlichen Debatte auflädt, emotionalisiert und innenpolitisch instrumentalisiert, sind Sie und nicht die Opposition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Uta Zapf [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Es muss möglich sein, mit einem Land gute Beziehungen zu unterhalten, den Dialog mit ihm zu pflegen und Freund dieses Landes zu sein, ohne dass dieses Land gleichzeitig ein Angebot zur Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union erhält. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr **Erdogan** hat in einem Interview in der „Bild am Sonntag“ gesagt, dass, wer gegen die Vollmitgliedschaft sei, dies aus antitürkischen Motiven tue, aus Motiven, die damit zu tun hätten, dass man Europa als Christenklub verstehe. Ich glaube nicht, dass er damit seinem Land und sich selbst einen großen Gefallen getan hat. Denn es ist ein Fehler, das Bekenntnis zur EU-Mitgliedschaft der Türkei zum entscheidenden Maßstab für die Türkenfreundlichkeit eines Menschen oder eines Landes zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Helmut Kohl hat das gestern in einem, wie ich finde, ganz ausgezeichneten Interview in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ auch für sich bekundet. Er hat davon berichtet, wie er in der Vergangenheit mehrfach gegenüber der Türkei – übrigens auch in Washington – hilfreich gewesen ist. Er sagt, er finde es schon seltsam, dass er wegen seiner ablehnenden Meinung zum EU-Beitritt plötzlich in das Lager der Türkenfeinde gestellt werde. Ich glaube, da können wir den früheren Bundeskanzler gut verstehen.

(Günter Gloser [SPD]: Was war denn 1997?)

Auch wir finden es seltsam, dass wir plötzlich ein Christenklub und antitürkisch sein sollen, nur weil wir sagen: Die Vollmitgliedschaft ist nicht das richtige Instrument für diese Freundschaft.

Dr. Friedbert Pflüger

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Gernot Erler [SPD]:
Warum bist du heute so defensiv?)

Giscard d'Estaing,

(Gernot Erler [SPD]: Den hatten wir vorhin schon!)

ehemaliger französischer Staatspräsident und ehemaliger Präsident des europäischen Verfassungskonvents, hat diesen Gedanken auf den Punkt gebracht. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat er gesagt: „Wenn die einzig denkbare Lösung entweder der Beitritt der Türkei zur Union oder das Zerwürfnis mit seinen Partnern sein sollte, wäre die EU dazu verdammt, zu einer regionalen Sektion der Vereinten Nationen abzugleiten, zu einem Ort der Begegnung, des Dialogs ...“

(Uta Zapf [SPD]: Was für ein Gedanke!
Quatsch!)

Dieses Argument sollten Sie ernst nehmen. Wer will bestreiten, dass der Dialog, eine Anbindung der Türkei an Europa und ein gutes Verhältnis zu den hier lebenden Türken notwendig sind; aber deshalb muss ich nicht für die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein zweiter Gedanke. Im Vertrag zur Europäischen Union heißt es:

Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden.

- (B) (Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Ist die Türkei ein **europäischer Staat**?

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Darüber wird eine intensive Debatte geführt. Ein entscheidendes Kriterium dafür ist die geographische Lage. Es kann nun einmal nicht bestritten werden, dass die Türkei zu weniger als 5 Prozent in Europa liegt und weniger als 10 Prozent der Bevölkerung im europäischen Teil der Türkei leben. Die Türkei reicht 1 500 Kilometer nach Asien hinein – das ist die anatolische Hochebene. 1 500 Kilometer beträgt in etwa die Entfernung von Warschau nach London.

Wenn man die Europäische Union als mehr als eine Freihandelsunion, nämlich als politische Union versteht, muss die Frage legitim sein, ob wir sie beliebig auf andere Kontinente ausdehnen sollten.

(Zuruf von der SPD: Was heißt hier „auf andere Kontinente“?)

Ich glaube, dass **Ernst Wolfgang Bockenförde** mit seiner Bemerkung Recht hat: Mit dem Beitritt der Türkei in die EU würde geographisch aus der Europäischen Union eine europäisch-kleinasiatische Union werden. Das ist ein wesentlicher Punkt, den man in aller Ruhe diskutieren kann, ohne sich gleich so aufzuregen wie die Kollegin Roth.

(C) Drittens. Ich möchte etwas zu der **Brückenfunktion** sagen. Frau Merkel hat heute Morgen dazu etwas gesagt. Herr Müntefering äußerte dagegen das Widerlagerargument. Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass **Helmut Schmidt** in einem Artikel in der Zeitung „Die Zeit“ zu Recht darauf hingewiesen hat, dass die Wirkung des Modells Türkei in der arabischen Welt, die Wirkung einer Brückenfunktion, begrenzt ist, weil mit der Türkei in der arabischen Welt eine Kolonialherrschaft, die Herrschaft der Sultane, verbunden wird. Aus diesem Grund hätte die Türkei lediglich einen sehr begrenzten Modellcharakter für diese Region.

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollege Pflüger, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Roth?

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Pflüger, Sie haben Europa geographisch definiert. Ich möchte Sie fragen, wie Sie die Aussage im Ankaraabkommen einschätzen. Sie wissen, dass **Walter Hallstein**, ein CDU-Mann, 1963 Kommissionspräsident war. In dem Ankaraabkommen wird eindeutig definiert, dass die Türkei Teil Europas ist. Das ist die wichtige Aussage dieses Abkommens. Es wird deutlich gemacht, dass sich Europa über Werte definiert und weder kulturell noch geographisch ausgrenzt. So in etwa – ich habe nicht wortwörtlich zitiert – lautet die im Ankaraabkommen unterschriebene Formulierung.

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):

Frau Kollegin Roth, ich habe gesagt, dass die Geographie *ein* Kriterium ist, wenn auch ein wesentliches. Ich habe nicht bestritten, dass man Europa auch anders definieren kann.

(Uta Zapf [SPD]: Das ist eine intellektuelle Hochleistung!)

Sie haben das Assoziationsabkommen von 1963 angesprochen. In diesem Assoziationsabkommen heißt es: Ziel des Assoziationsabkommens ist eine beständige und ausgewogene Verstärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Damals gab es eine EWG und noch keine politische Union. Es ging um das Versprechen, Teil der EWG zu werden, und um nichts anderes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zurück zu dem **Brückenargument**. Der Kollege Müntefering hat vom Widerlager gesprochen. Er wird nicht bestreiten, dass eine Brückenfunktion die Selbstständigkeit beider Teile, die die Brücke verbindet, voraussetzt. Wenn der Westen bzw. die EU die Türkei durch eine Vollmitgliedschaft völlig vereinnahmt, dann ist sie nicht mehr Brücke, sondern Teil des Westens bzw. der Europäischen Union.

Dr. Friedbert Pflüger

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Uta Zapf [SPD]: Noch mehr intellektuelle Hochleistung!)

Die geistige und politische Vermittlung zwischen Europa und dem Orient, von der wir wollen, dass die Türkei sie übernimmt,

(Günter Gloser [SPD]: Und was ist mit Spanien?)

kann sie nur dann leisten, wenn sie souverän und selbstständig bleibt, nicht aber, wenn sie vereinnahmt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Uta Zapf [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

Viertens. Immer wieder hören wir das Argument, es sei ungeheuer wichtig, die Türkei aufzunehmen, weil sie sonst in den Islamismus abdrifte. **Günter Verheugen**, der die Verhandlungen für die EU-Kommission geführt hat, hat gesagt, es sei denkbar, dass die Türkei in einen antieuropäischen, fundamentalistischen Islam abrutsche. Deshalb müsse man jetzt mit den Verhandlungen über einen Beitritt zur EU beginnen.

Meine Damen und Herren, merken Sie gar nicht, was in dieser Argumentation steckt? Wenn wirklich eine reale Gefahr darin besteht, dass die Türkei ins fundamentalistische Lager abdriftet, dann soll die EU ihr also helfen? Müsste es nicht umgekehrt sein? Müsste sich nicht die Türkei zuerst ihrer selbst und ihres Weges sicher sein, die notwendigen Reformen durchgeführt und dem Islamismus eine endgültige Absage erteilt haben, bevor wir mit ihr verhandeln? Es kann doch nicht Aufgabe der EU sein, die Demokratie in der Türkei zu festigen. Dieses Argument ist aberwitzig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn es wirklich so wäre, dass die Türkei für ihre Modernisierung, Verwestlichung und Europäisierung sowie für die Einhaltung der Werte die EU bräuchte, dann wäre der innere Reformprozess der Türkei relativ oberflächlich.

(Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war in Spanien genauso!)

Ich habe, wenn Sie so wollen, mehr Vertrauen in die Türkei. Ich glaube, die Türkei schafft das, und zwar auch im Rahmen einer privilegierten Partnerschaft und ohne Vollmitgliedschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte ein fünftes Argument, das in dieser Debatte angeführt wird und das sehr wichtig ist, aufgreifen. Ich meine die Frage, ob sich ein Christenclub und der Islam vertragen. Meine Fraktion und ich würden nie sagen, dass Islam und EU nicht zusammenpassen; denn es gibt zum Beispiel das Assoziationsabkommen mit Bosnien-Herzegowina. Es ist gar keine Frage, dass das möglich sein kann. Aber ich glaube, Europa hat auch mit **kultureller Identität**, Geschichte und Traditionen, die über Jahrhunderte gewachsen sind, zu tun.

(Uta Zapf [SPD]: Troja liegt in der Türkei!)

Das hat mit Christentum und Christenclub erst einmal gar nichts zu tun – das wäre sehr oberflächlich betrachtet –, sondern damit, dass gerade in der globalisierten Welt jede Organisation bzw. jeder Zusammenschluss, der eine politische Union sein will, so etwas wie ein Wirgefühl benötigt. Dieses Wirgefühl ist mehr als das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten. Es beruht auf jahrhundertealter Geschichte, die man gemeinsam durchlebt haben muss: die griechische Antike,

(Uta Zapf [SPD]: Ja! Troja liegt in der Türkei!)

das römische Recht, der Investiturstreit, die Reformation, die Aufklärung, das alles prägt Europa. Man kann zwar sagen, dass man trotzdem Möglichkeiten der Anbindung findet. Aber zu sagen, dass all das kein Problem sei, das ist keine Lösung. Es ist ein Problem! Sie müssen sich darum bemühen, die Menschen mitzunehmen, sie nicht vor den Kopf zu stoßen und nicht von oben Entscheidungen zu treffen, denen die Menschen nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Sie machen das doch! Sie stoßen die Menschen vor den Kopf!)

Meine Damen und Herren, schließlich wird – sechstens – argumentiert, dass die Türkei seit über 40 Jahren ein Versprechen habe, vier Jahrzehnte lang gewartet habe und die EU jetzt endlich zu ihrem Versprechen stehen müsse. Ich finde dieses Argument ziemlich absurd,

(Uta Zapf [SPD]: Was?)

wenn ich mir die türkische Geschichte in den vier Jahrzehnten seit Anfang der 60er-Jahre ansehe. In der Türkei hat es seit Anfang der 60er-Jahre drei **Militärputsche** gegeben.

(Zuruf von der SPD: Griechenland!)

Noch in den 90er-Jahren musste durch die Einwirkung und den Druck des Militärs die islamistische Heilspartei von Herrn Erbakan verboten werden. Daran zeigt sich: Es war doch nicht die EU, die der Türkei lange Zeit ein Versprechen nicht erfüllt hat. Vielmehr war es so, dass die Türkei über 40 Jahre hinweg nicht einmal ansatzweise die Kriterien erfüllt hat, deren Einhaltung für einen Beitritt oder auch nur für die Aufnahme von Verhandlungen notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt haben wir gerade zwei Jahre Erdogan – mit beachtlichen Reformen,

(Michael Glos [CDU/CSU]: Reformen auf dem Papier!)

die wir überhaupt nicht infrage stellen, zu denen wir ermutigen und bei denen wir unterstützen wollen. Aber der Kollege Müller hat Recht: Ein großer Teil davon steht nur auf dem Papier. Und wissen wir denn wirklich so genau, in welche Richtung sich die Türkei und die AKP entwickeln?

(Gernot Erler [SPD]: Hasenfuß! Das ist doch keine Politik!)

Dr. Friedbert Pflüger

- (A) Ich bin erst im Juni dieses Jahres in der Türkei gewesen und habe viele gehört, die gesagt haben: „Wir wollen gerade deshalb in die EU, um dann eine islamische Demokratie zu bekommen, um dann die Grenzen, die das Militär im kemalistischen Staat zieht, aufzuweichen.“ Es könnte also sogar der Fall eintreten, dass die Türkei im Zuge der Verhandlungen über die EU-Mitgliedschaft genau das verliert, was wir an ihr schätzen: die klare Trennung zwischen Religion und Staat.

(Uta Zapf [SPD]: Es ist nicht zu fassen! – Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch auch eine religiöse Partei! So etwas sagt die christliche Partei!)

– Ich bitte Sie, solche Bedenken ernst zu nehmen; sie werden in Europa breit diskutiert.

(Uta Zapf [SPD]: Keine Ahnung!)

Warum gehen Sie eigentlich nicht auf die Vorlage ein, die Ihnen der Konvent für eine europäische Verfassung ermöglicht hat?

Präsident Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

(Uta Zapf [SPD]: Es wird wirklich Zeit! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Frau Zapf, er darf genauso reden wie Sie auch!)

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):

- (B) Ich komme gern zum Schluss, Herr Präsident, ich darf nur diesen Gedanken zum Ende bringen. – Der Verfassungskonvent hat in Art. I 57 ganz klar festgelegt, dass es die Möglichkeit einer **privilegierten Partnerschaft** mit der EU gibt.

(Gernot Erler [SPD]: Was ist denn das? Das wisst ihr doch selber nicht!)

Warum halten Sie sich das nicht zumindest als eine Möglichkeit offen? Dann müssen wir die Türkei in zehn oder 15 Jahren nicht vor die Alternative stellen: entweder totaler Abbruch – Sie sagen ja: „Es soll ergebnisoffen verhandelt werden“ – oder aber Vollmitgliedschaft. Warum bauen wir nicht Möglichkeiten ein, wie wir die Türkei in europäischen Strukturen auffangen können, auch wenn dieser angeblich ergebnisoffene Prozess scheitern sollte?

Präsident Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen wirklich zum Ende kommen; Sie haben Ihre Redezeit schon weit überschritten.

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):

Damit würden wir uns, der EU und der Türkei einen großen Gefallen tun.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gernot Erler [SPD]: Der Pflüger ist am Ende!)

Präsident Wolfgang Thierse:

(C) Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegin Christa Nickels.

Christa Nickels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich muss hier mein Unverständnis über weite Passagen Ihrer Rede äußern, Herr Pflüger. Man hat über 40 Jahre hinweg auf einen Beitrittsprozess gesetzt – unabhängig von der jeweiligen Regierung und auch seitens der Europäischen Union. Nun haben wir diese unglaublich **positive Entwicklung**: Ich kenne weltweit keinen zweiten Staat, der in einer derartigen Kraftanstrengung von Regierung, Verwaltung und anderen staatlichen Organisationen in nur zwei Jahren die gesamte Gesetzeslage umgekrempelt hat und Wege zur Implementierung geschaffen hat. Deshalb ist es für mich überhaupt nicht nachvollziehbar und es leuchtet keinem ein, dass Sie gerade jetzt, zu diesem Zeitpunkt, mit dieser Art von Bedenkenträgerei anfangen. Das ist die Beleidigung eines Volkes, das wie kein anderes diese Anstrengung unternimmt. Das ist der erste Punkt.

Der zweite ist folgender: Sie führen sich hier in einer patronhaften Art als **Sachwalter der Christen** und der Religionsvielfalt in der Türkei auf, verlangen aber genau das Gegenteil von dem, was alle Religionsgemeinschaften und alle Menschenrechtsorganisationen in der Türkei und auch die kurdischen Abgeordneten – von denen fünf gerade aus jahrelanger Gefangenschaft entlassen worden sind – verlangen. Sie alle wünschen, dass es eine ehrliche Beitrittsperspektive gibt und nicht das, was Sie jetzt vorschlagen. Diese Gruppen sagen: „Das ist eine einzigartige Chance für uns, hier wirklich Maßstäbe zu setzen und einen guten Beitrag für die Europäische Union insgesamt zu leisten.“

Sie argumentieren hier im Namen des christlichen Abendlandes. Ich erinnere Sie nur an Ihr taktisches Spiel im Zusammenhang mit der EU-Verfassung: Sie haben ganz klar für die Aufnahme des Gottesbezuges in die Verfassung gestritten. Dieses Ziel haben Sie aber für parteipolitische, für innenpolitische Mätzchen missbraucht.

Es war Bischof Homeyer, der vor zwei Jahren auf dem Michaelsempfang hier in Berlin zum ersten Mal Hannah Arendt zitiert und auf das Prinzip des „offenen Stuhls“ verwiesen hat:

Unabhängig davon, ob man glaubt oder nicht glaubt: Dass man sich an etwas bindet, was auch oberhalb menschlicher Weisheit ist, ist wichtig.

Das haben Sie konterkariert, das haben Sie kaputt gemacht, indem Sie die Aufnahme des Gottesbezugs als Angst vor einem mehrheitlich islamisch geprägten Land parteipolitisch instrumentalisiert haben. Sie laufen jetzt Gefahr, genau dasselbe zu machen. Mir kann kein Mensch klar machen, warum Sie den Religionsgesellschaften, den Menschenrechtsvereinen und den Parteien in der Türkei das, was sie als wichtig ansehen, ausreden wollen und warum Sie im Namen dieser Organisationen und Menschen das Gegenteil erklären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(C)

(D)

(A) **Präsident Wolfgang Thierse:**
Kollege Pflüger, Sie haben Gelegenheit zur Antwort.

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):

Frau Kollegin Nickels, ich weiß wirklich nicht, warum Sie sich so aufregen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe sehr ruhig und sehr sachlich argumentiert; von Beleidigung der Türkei kann keine Rede sein. Ich habe eben ganz deutlich gemacht, dass ich den großen Reformprozess der letzten zwei Jahre anerkenne. Allerdings habe ich auch gesagt, dass vieles nur auf dem Papier steht,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

was vor Aufnahme von Verhandlungen eigentlich in die Praxis umgesetzt sein sollte.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Voraussetzung, nicht Folge!)

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele: Ihr Parteivorsitzender, Herr Bütikofer, ist Anfang November in der Türkei gewesen und hat nach seiner Rückkehr gesagt, die Folter sei in der Türkei noch verbreitet.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Cem Özdemir!)

Darüber muss man einmal nachdenken: Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung hat immer erklärt, bevor man über Beitrittsverhandlungen diskutieren könne, müsse erst die Folter ein Ende haben, und nun sagt Herr Bütikofer, es werde nach wie vor gefoltert.

(B)

Frau Lochbieler, die Vorsitzende von Amnesty International, sagt, es gebe in der Türkei zwar eine Reihe begrüßenswerter Reformen, doch lasse die Umsetzung mehr als zu wünschen übrig. Prälat Rainer Korten, der in Antalya arbeitet, hat mehreren Kollegen von uns einen Brief geschrieben, in dem es heißt, Religionsfreiheit – davon haben Sie eben geredet – gebe es in der Türkei nicht einmal in Ansätzen.

Frau Kollegin, über all diese Fragen müssen wir reden können. Wir müssen auch auf Defizite hinweisen können, ohne dass es eine Beleidigung der Türkei ist. Wir sind Freunde der Türkei.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile Kollegin Lale Akgün, SPD-Fraktion, das Wort.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Die Grünen sind zu puren Opportunisten geworden! Alle Grundsätze werden der Macht geopfert! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Total verlottert und prinzipienlos sind die Grünen geworden! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht aber nicht! Das geht nicht! – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Partei der Opportunisten!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe der Kollegin Akgün das Wort erteilt. Ich bitte Sie, ihr zuzuhören. (C)

(Beifall bei der SPD)

Dr. Lale Akgün (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich Folgendes von vornherein klarstellen:

Erstens. Ich wurde zwar vor vielen Jahren als Türkin geboren, spreche hier heute aber als deutsche Bundestagsabgeordnete. Dies ist kein Widerspruch, sondern es passt hervorragend zusammen.

Zweitens. Ich vertrete sozialdemokratische Positionen und deutsche Interessen. Auch dies ist kein Widerspruch; vielmehr passt dies ganz hervorragend zusammen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich betone dies, weil Sie, Kolleginnen und Kollegen der Union, in den letzten Wochen und Monaten jedes noch so hanebüchene Argument gegen den Beginn der Verhandlungen der EU mit der Türkei, gegen die Position der SPD in dieser Frage und gegen die 2,6 Millionen Menschen türkischer Herkunft in Deutschland eingesetzt haben. Sie machen Stimmung im Lande, indem Sie **Gespenster** an die Wand malen: Gespenster von politischer Legalisierung, Islamismus, Destabilisierung, steigender Kriminalität und Terrorismus.

Diese Argumentation ist nicht nur falsch, sie ist schäbig. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: In welchem Film stehen Sie denn?)

Sie ist schäbig, weil sie die Wahrheit verdreht. Sie ist schäbig, weil sie zum Ziel hat, Wahlkampf auf dem Rücken von Zugewanderten zu machen. Schließlich ist sie schäbig, weil sie die Leistungen und die Integrationskraft des europäischen Einigungsprozesses in ungeheurerlicher und unpatriotischer Weise diffamiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie tragen mit Ihren ausgrenzenden Argumenten die politische und die moralische Verantwortung dafür, dass diese Gesellschaft immer weiter gespalten wird. Für ein paar Stimmen am rechten Rand nehmen Sie die Explosion von Millionen von Menschen in Kauf.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Über den Beitritt selbst debattieren wir heute nicht. Das werden wir in zehn bis 15 Jahren tun, wenn der Bundestag den Beitritt ratifizieren wird. Heute geht es um die Frage, ob ein Land wie die Türkei, überwiegend von Muslimen bewohnt, Teil der europäischen Familie werden kann, wenn es die Werte und Ziele Europas teilt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Lale Akgün

- (A) Die sozialdemokratische Antwort auf die Frage danach ist ein klares Ja. Europa ist für uns in erster Linie eine große Bewegung für die Stärkung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte.

Heute vernehmen wir aus der Türkei Dinge, die selbst 1999, in dem Jahr, in dem die EU der Türkei den Kandidatenstatus verliehen hat, noch schier unmöglich erschienen. Wie heute bereits erwähnt, demonstrieren im Südosten der Türkei Zehntausende Kurden im Einklang mit den Zielen der türkischen Regierung für einen Beitritt zur EU. Armenische und christliche Repräsentanten werben gemeinsam mit der Regierung der Türkei für den Beitritt. Dinge, die vor wenigen Jahren noch unter Strafe standen, sind heute als Bürgerrechte im Gesetz verankert und werden mehr und mehr auch implementiert.

An all dem zeigt sich: **Europa schafft Stabilität**; es ist die Grundlage für Frieden und Freiheit. Das ist eine Erkenntnis, die Ihre Partei zu anderen Zeiten nicht nur geteilt, sondern unter Konrad Adenauer entscheidend mitgeprägt hat. Das war einmal, leider. Heute schürt die CDU/CSU Ressentiments. Unter Angela Merkel und Edmund Stoiber ist es europäische Friedenspolitik genug, wenn sie ihren internen Streit über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen mit Debatten zum Thema Türkei überdecken können. Das ist eine miese und durchsichtige Strategie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU:
Geht es auch sachlich?)

- (B) Unsere Europapolitik hat einen anderen Anspruch. Wir möchten Politik für das Europa von morgen machen. Wie ich erwähnt habe, ist der Türkei bereits 1999 der Kandidatenstatus verliehen worden. Seitdem hat sich in der Türkei sehr viel zum Positiven verändert. Seitdem hat sich aber auch Europa verändert. Es gab weit reichende strukturelle Reformen, eine Stärkung des Europäischen Parlaments und im Mai dieses Jahres den Beitritt von zehn neuen Mitgliedern. Wir sind auf dem besten Weg, Europa eine Verfassung zu geben, die die Werte und Grundlagen des europäischen Integrationsprozesses klar beschreibt. Wir alle wissen: Ohne Reformen der EU und ihrer Institutionen funktioniert die Erweiterung der Union nicht. Aber wir wissen auch: Ohne die Erweiterung, ohne die Impulse der neuen Mitgliedsstaaten wären die Reformen nicht auf den Weg gebracht worden. Das ist ein interaktiver Prozess, der für einen künftigen Beitritt der Türkei ebenfalls gilt.

Ich stelle fest: Die EU wurde im Laufe der Zeit und im Prozess der Erweiterung immer politischer. Erweiterung und Vertiefung sind also doch kein Widerspruch, wie von Ihnen immer gern behauptet wird.

Das Argument, die EU werde sich mit der Aufnahme der Türkei wirtschaftlich und finanziell übernehmen und die Türkei werde den Strukturfonds und die Landwirtschaftspolitik der EU sprengen, ist nicht stichhaltig. Wenn sich die Türkei noch zehn Jahre in gleichem Maße weiterentwickelt und anschließend Mitglied der EU wird, dann wird es eine dynamische Türkei sein, die die EU wirtschaftlich und politisch voranbringen wird.

(C) Aber nicht nur die Türkei wird sich weiterhin ändern, auch die EU wird es tun. Die Landwirtschaftspolitik und die Strukturförderung werden sich ändern. Sie müssen sich den neuen Gegebenheiten anpassen. Wenn wir die Türkei als Chance begreifen, werden die Beitrittsverhandlungen diesen notwendigen Prozess sogar beschleunigen und beleben.

Die Erweiterungen der jüngsten Zeit und die anstehenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei haben nicht nur die Strukturreform in Europa beschleunigt; vielmehr haben sie auch eine Debatte über die Werte Europas und seine Identität in Gang gebracht und in die breite Öffentlichkeit getragen. Hieran zeigt sich: Der Geist Europas ist der Geist der **Aufklärung**, die Werte Europas sind die Werte der Aufklärung.

Die Intensität, mit der über das Für und Wider einer Vollmitgliedschaft der Türkei diskutiert wird, zeigt, welch lebendiges Wesen dem Europagedanken innewohnt. Europa ist kein statischer Klub, dessen Mitglieder sich dadurch auszeichnen, dass sie sich auf ein christlich-historisches Erbe oder auf das kulturelle Erbe des antiken Griechenlands und Roms berufen, wie man es in letzter Zeit häufiger von Leuten hört, denen alle anderen Argumente ausgegangen sind. Wer Europa als statisches Gebilde begreift und konservieren will, der hat den Esprit Europas nicht verstanden; der hat nicht verstanden, dass die europäische Integration als dynamischer Prozess zu begreifen ist. Um mit den Worten des spanischen Dichters Antonio Machado zu reden: „Wanderer, deine Spuren sind der Weg und nichts mehr. Es gibt keinen Weg, man macht den Weg beim Gehen.“

(D) Das hat nichts mit Wertelosigkeit und Beliebigkeit zu tun. Es ist das Grundprinzip des Erfolgs der europäischen Einigung. Teilung von Souveränität und Verantwortung, Förderung der Vielfalt, eine offene Gesellschaft – das ist unsere sozialdemokratische Vision für Europa und das ist auch die Vision der Menschen in der Türkei, die all ihre Hoffnungen auf das Dazugehören zur europäischen Wertegemeinschaft setzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wenn unser Bundeskanzler morgen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stimmt, dann ist das ein Stück ursozialdemokratischer Politik. Das ist gut für die Türkei, gut für uns in Deutschland und gut für Europa. Auch das ist kein Widerspruch, sondern passt hervorragend zusammen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS ist dafür, dass mit der Türkei Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union aufgenommen

Petra Pau

- (A) werden. Die PDS hat gestern im Europaparlament zugestimmt und wir werden das auch hier im Bundestag tun.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Im Gegensatz zur CDU/CSU stehen wir nicht im Wort eines Kanzlers Adenauer oder Kanzlers Kohl. Wir stimmen zu, weil es politisch vernünftig ist und weil die EU kein christlich-abendländischer Klub ist.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun kann man einen EU-Beitritt selbstverständlich befördern oder auch ablehnen. Das muss jede Partei mit sich selbst ausmachen. Mit Sorge verfolge ich allerdings, dass bei diesem Thema in den letzten Tagen verbal aufgerüstet und das **gesellschaftliche Klima** damit vergiftet wurde. Das ist aus meiner Sicht verantwortungslos und weckt die falschen Geister.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Natürlich fühlen sich viele Türkinnen und Türken direkt angegriffen, wenn der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber droht, er werde alles – wohlgemerkt: alles – dafür tun, dass die Türkei nie EU-Mitglied werde.

(Günter Gloser [SPD]: Er springt als Tiger und landet als Bettvorleger!)

- (B) Die türkische Gemeinde in Berlin beispielsweise hat entsprechend harsch reagiert und erklärt – ich zitiere –: „Wir nehmen die Kriegserklärung an.“ Ich finde das falsch; denn das spielt Herrn Stoiber und den anderen, die hier verbal aufrüsten, in die Hände, und das auf deren Niveau. Das sollten auch die türkischen Gemeinden in der Bundesrepublik bedenken und vermeiden.

(Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stoiber sollte bei der Landespolitik bleiben!)

Das Ja der PDS zu den Beitrittsverhandlungen ist nicht bedingungslos und auch nicht unumkehrbar. Der Türkei werden Fortschritte bescheinigt, wenn es um Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte geht – zu Recht. Es bestehen aber weiterhin erhebliche Differenzen zwischen Wort und Tat, zwischen Gesetz und Praxis. Insbesondere der Alltag der 20 Millionen **Kurdinnen und Kurden** in der Türkei wird noch immer von Diskriminierung, Unterdrückung und sogar Terror geprägt. Daher wundere ich mich schon, dass die SPD und vor allem die Grünen dies nicht hörbarer kritisieren und auf Änderung drängen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Im EU-Parlament haben Ihre Kolleginnen und Kollegen gestern jedenfalls jeden Antrag, in dem es um die Rechte der Kurdinnen und Kurden ging, abgelehnt und nicht in die entsprechende Resolution aufgenommen.

Eine offene europäische Wunde ist nach wie vor auch die Zypernfrage. Es wäre widersinnig, den Fall der deutschen Mauer zu bejubeln und die Mauern durch **Zypern**

zu dulden. Hier hat die Türkei eine Bringpflicht. Ich finde, die EU ist verpflichtet, hier zu drängen. (C)

Die Türkei hat noch weitere ungelöste Grenzfragen, zum Beispiel mit dem Irak und mit Syrien. Auch die militär-strategische Allianz der Türkei mit Israel ist wenig hilfreich für die friedliche Lösung des Nahostkonflikts.

Deshalb wiederhole ich: Den Beitrittsverhandlungen folgt nicht automatisch ein Beitritt. Die Verhandlungen dürfen nicht bedingungslos sein, wie der türkische Ministerpräsident dieser Tage in einem Interview meinte. Es geht um einen Prozess, der begonnen hat und weitergehen muss. Dieser Prozess muss im Interesse der Türkei, im Interesse der EU und auch im Interesse der Bundesrepublik weitergehen. Deshalb stimmen wir heute zu.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner hat das Wort der Kollege Gert Weisskirchen von der SPD-Fraktion.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis auf einige Entgleisungen fand ich die Debatte sehr aufschlussreich. Mich verwundert sehr, Dr. Pflüger, dass Sie im Grunde genommen das bestätigen, was Sie ansonsten kritisieren, nämlich dass die Gefahr einer solchen Debatte darin besteht – in Ihrem Beitrag konnte man das sehr plastisch erkennen –, dass man sich auf der einen Seite gegen eine Kulturalisierung der Politik wendet, auf der anderen Seite aber genau diese Gefahr verstärkt, wenn man den Islam in einer solchen Weise in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellt. (D)

Wenn es richtig ist, dass die Europäische Union eben kein religiöses Projekt ist, sondern eines, das der **Aufklärung** verpflichtet ist, dann kommt es doch darauf an, dass wir die Kräfte innerhalb der Türkei stärken müssen – viele Türken leben bei uns in der Bundesrepublik Deutschland; Markus Löning kann als Berliner Abgeordneter sicherlich einiges dazu sagen –, die sich von der Islamisierung abwenden und versuchen, die Aufklärung in ihre Religion hineinzubringen. Genau das zerstören Sie mit Ihrem Argument, es gehe darum, die gefährlichen Triebkräfte, die es innerhalb des Islam gebe, zu konterkarieren.

Lieber Herr Pflüger, ich glaube, dass Sie in noch einem Punkt missverstehen, was die Europäische Union ist. Die Europäische Union ist auch kein geographisches Projekt. Die Europäische Union ist ein Projekt der **europäischen Werte**. Es ist nicht ausgeschlossen und darf auch nicht ausgeschlossen werden – das Beispiel Bosnien haben Sie selbst genannt –, dass sich der Islam so entwickelt, dass er innerhalb der europäischen Werte eine komplementäre Aufgabe übernimmt. Im Gegenteil: Schauen Sie sich die Debatte in Frankreich an, die beispielsweise von Sarkozy angestoßen wurde! Es lohnt sich, darüber nachzudenken, was Säkularismus heute bedeuten kann. Es kommt darauf an, den Islam zu europäi-

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

- (A) sieren. Das ist die zentrale Aufgabe der Europäischen Union.

Wenn Sie schon dazu aufrufen, mit den Argumenten und Problemen, die damit verbunden sind, rational umzugehen, dann sage ich Ihnen: Die große Aufgabe, die uns bevorsteht, ist, den Islam gemeinsam mit den Türken, die bei uns leben, gemeinsam mit den Kräften der Aufklärung in der Türkei zu europäisieren. Dafür braucht die Türkei eine Perspektive. Diese darf aber nicht, wie es die Union fordert, lauten: Ihr werdet nie Vollmitglied der Europäischen Union. Diese schwierige, harte Debatte, die auch in der Türkei geführt wird, lenken Sie in eine Bahn der inneren Radikalisierung. Das müssen Sie bitte zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Manchmal wird hier nicht genau beachtet, wie innerhalb der Türkei selber debattiert wird. Schauen wir uns einmal den inneren Charakter der Türkischen Republik an, die einen langen historischen Vorlauf hat. Die Türkische Republik – das ist besonders gut bei Kemal Atatürk nachzulesen und zu erkennen – hat mit dem Osmanischen Imperium geradezu einen Bruch vollzogen. Das ist im 20. Jahrhundert die entscheidende Wende gewesen, vorangetrieben durch ebenjene Kräfte, die **Anschluss an die europäische Aufklärung** suchten.

- (B) Das Konzept, das Kemal Atatürk in den 20er-Jahren entwickelt hat, ist der Versuch, die Türkei zu europäisieren und den Anschluss an Europa – das betrifft auch die europäischen Werte – zu erreichen. Das ist ein schwieriger Prozess. Dieser Kampf innerhalb der Türkei ist – da haben Sie, die Sie das kritisieren, Recht – noch längst nicht beendet. Aber auch da gilt: Wenn wir heute die Tür für eine mögliche Vollmitgliedschaft der Türkei schließen – und das wollen Sie –, dann heißt das, der Radikalisierungstendenz innerhalb der Türkei neue Nahrung zu geben und die Türkei von Europa zu entfernen. Das wollen wir nicht. Deshalb ist das, was die EU morgen beschließen wird, im Interesse des aufklärerischen Islam und im Interesse Europas. Das ist ein weiteres Argument, das, wenn wir schon miteinander offen und hart debattieren, angeführt werden muss.

Schließlich: Lesen Sie einmal nach, was Frau Merkel gesagt hat. Mir ist eines von ihrer Rede in Erinnerung geblieben. Das war nichts Substanzielles. Sie hat gesagt: Es geht nicht um die Türkei, sondern es geht um uns. Ja, es geht um uns, es geht um Sie. Sie vollziehen einen Bruch mit der Politik, an der Frau Merkel als Ministerin, Herr Kollege Dr. Schäuble und die anderen Kolleginnen und Kollegen der Union beteiligt waren. Sie vollziehen einen Bruch mit der Politik, die eine lange Tradition in Deutschland hat. Diese Politik bestand darin, verlässlich zu sein und der Türkei eine Perspektive zu geben. Sie brechen mit dieser Politik der Verlässlichkeit. Damit verabschiedet sich die Union aus dem europäischen Konzert. Das kann doch wahrlich nicht in Ihrem Interesse sein. Ich bitte Sie, bei diesem Punkt wenigstens einmal nachzudenken, ob das Ihr letztes Wort sein kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Ludger Volmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Weisskirchen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kossendey?

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Kossendey.

Thomas Kossendey (CDU/CSU):

Herr Kollege Weisskirchen, Sie beschwören gerade den Bruch, den die CDU/CSU vollzogen haben soll. Wie erklären Sie sich dann die Äußerungen von Frau Schröder-Köpf in der Zeitung „Milliyet“ vom 19. April 1998, wonach die Türken die SPD wählen sollten, weil die CDU/CSU nie zulassen würde, dass die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird? Hat sich Frau Schröder-Köpf damals geirrt?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Ich wusste gar nicht, dass die Frau des Bundeskanzlers als Kronzeugin genannt werden kann. Natürlich kann Frau Schröder-Köpf ihre Meinung genauso wie Sie und ich sagen.

(D)

Fragen Sie bitte die Aufgeschlossenen in der Türkei und hier in Deutschland, die genau wissen, welchen inneren Kampf sie zu bestehen haben, wenn es darum geht, die Türkei zu einem Mitglied der Europäischen Union zu machen. Diesen inneren Kampf so zu begleiten, dass in der Türkei selbst ein fester innerer Wille entsteht, zu Europa zu gehören, ist die Aufgabe, die vor uns steht. Ich bitte Sie herzlich darum, sich an dieser Auseinandersetzung so konstruktiv zu beteiligen, wie es Ihrer eigenen Tradition entspricht, nicht aber so zu handeln, wie Sie es heute hier getan haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 15/4522 zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Für ein glaubwürdiges Angebot der EU an die Türkei“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/3949 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der FDP-Fraktion und der beiden fraktionslosen Abgeordneten bei Gegenstimmen der CDU/CSU-Fraktion angenommen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 15/4523 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen mit dem Titel „Die Türkeiipolitik der EU verlässlich fortsetzen und den Weg für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei freimachen“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/4031 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der beiden fraktionslosen Abgeordneten gegen die Stimmen von CDU/CSU und der FDP-Fraktion angenommen.

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 15/4524 zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Zu der Empfehlung der EU-Kommission über Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/4064 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten angenommen.